

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE  
VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

*Band V*

*Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung*

*1914-1919*

VERLAG W. KOHLHAMMER  
STUTT GART BERLIN KÖLN MAINZ

*j\ / y j . } ,*

# INHALTSVERZEICHNIS

## *A. Reich und Reichsverfassung im Ersten Weltkrieg*

<b>Kapitel I. Der Kriegsausbruch</b>	<b>3</b>
<i>§ 1. Weltpolitik, Weltkrieg und Staatsverfassung</i>	<i>3</i>
I. Nationale Verfassungsautonomie und internationaler Verfassungszusammenhang	3
II. Nationalstaatsgedanke, Industrialismus und Imperialismus	5
III. Imperiales Weltstaatsystem und imperialer Krieg	7
IV. Die Verfassung als Wert und als Werkzeug	8
<i>§ 2. Kriegsausbruch und Kriegsverantwortung</i>	<i>10</i>
I. Julikrise und Kriegsausbruch	12
II. Die Kriegsverantwortung	14
1. Die äußere Kriegsverantwortung	15
2. Die innere Kriegsverantwortung	16
III. Die Kriegsentscheidung im deutschen konstitutionellen System	18
1. Krisenpolitik und monarchische Exekutive	18
2. Krisenpolitik und militärische Führung	19
3. Krisenpolitik und öffentliche Meinung	20

## *Inhaltsverzeichnis*

§3. Die obersten Reichsorgane und die Kriegsentscheidung. . . . .	22
I. Die Entscheidung über „Kriegsgefahr“ und „Kriegszustand“. . . . .	22
1. Die Erklärung des Zustands drohender Kriegsgefahr. . . . .	22
2. Die Verhängung des Kriegszustands. . . . .	24
II. Bundesrat und Reichstag bei der Kriegsentscheidung. . . . .	25
1. Das Zustimmungsrecht des Bundesrats nach Art. 11 Abs. 1 der Reichsverfassung. . . . .	25
2. Die Kriegsentscheidung und das Kreditermächtigungsrecht des Reichstags. . . . .	26
III. Die deutsche Sozialdemokratie und die Kriegsentscheidung. . . . .	27
1. Die Sozialdemokratie und der „nationale Verteidigungskrieg“ vor dem Kriegsausbruch. . . . .	27
2. Die Reichsleitung und die sozialdemokratische Parteiführung Ende Juli 1914. . . . .	29
3. Die Vorentscheidung der deutschen Sozialdemokratie über die Kriegskreditermächtigung. . . . .	31
IV. Die Reichstagssitzung vom 4. August 1914. . . . .	33
1. Die Vorbereitung der Reichstagssitzung. . . . .	33
2. Die einstimmige Annahme der Kriegsgesetze. . . . .	35
3. Die siebzehn Kriegsgesetze vom 4. August 1914. . . . .	37
<b>Kapitel II. Die deutsche Kriegsverfassung</b>	<b>39</b>
§ 4. Das Kriegszustandsrecht des Ersten Weltkriegs. . . . .	39
I. Die Verhängung des Kriegszustands. . . . .	40
1. Partieller oder totaler Kriegszustand?. . . . .	40
2. Die Bekanntmachungen der Militärbefehlshaber vom 31. Juli 1914 . . . . .	41
II. Die Arten des Kriegszustands. . . . .	42
1. Der einfache Kriegszustand. . . . .	42
2. Der verschärfte Kriegszustand. . . . .	43
3. Die Rechtsfolge der Grundrechts-Suspension. . . . .	44
4. Die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte. . . . .	45
III. Die Vollzugsmaßnahmen des Kriegszustandsrechts. . . . .	45
1. Die Verfügungs- und die Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber . . . . .	45
2. Die strafrechtliche Ahndung von Verstößen gegen die Anordnungen der Militärbefehlshaber. . . . .	47
3. Das strafgerichtliche Verfahren im Kriegszustandsrecht. . . . .	47

## *Inhaltsverzeichnis*

IV. Die Einsetzung des Obermilitärbefehlshabers (1916). . . . .	49
1. Der militärrechtliche „Partikularismus“ des deutschen Kriegszustandssystems. . . . .	49
2. Das Amt des Obermilitärbefehlshabers. . . . .	51
3. Der Ausbau der Amtsbefugnisse des Obermilitärbefehlshabers (Oktober 1918). . . . .	52
V. Der Kampf um die Handhabung des Kriegszustandsrechts. . . . .	53
1. Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung . . . . .	53
2. Die Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit . . . . .	55
3. Die Pressezensur. . . . .	56
a) Das Zensurrecht. . . . .	56
b) Die Zensurbehörden. . . . .	57
c) Das Kriegspresseamt und die weiteren zentralen Pressestellen . . . . .	58
d) Das Presseamt der Reichskanzlei. . . . .	59
e) Wandlungen der Pressepolitik. . . . .	60
4. Die Briefzensur. . . . .	61
§ 5. <i>Das Kriegs-Ermächtigungsrecht.</i> . . . . .	62
I. Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914. . . . .	62
1. Die epochale Bedeutung des Kriegs-Ermächtigungsgesetzes. . . . .	62
2. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Akt der Verfassungsdurchbrechung. . . . .	64
3. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Fall der „kommissarischen Diktatur“. . . . .	65
II. Die Schranken der Ermächtigungsgesetzgebung . . . . .	67
1. Die sachliche Begrenzung der Bundesrats-Vollmacht zur delegierten Gesetzgebung . . . . .	67
2. Die Reichstags-Kontrolle gegenüber dem Bundesrat . . . . .	68
III. Die Praxis der Kriegsnotgesetzgebung des Bundesrats. . . . .	69
1. Maßnahmen des Bewirtschaftungsrechts. . . . .	69
2. Maßnahmen des Währungs- und Finanzrechts. . . . .	70
3. Maßnahmen des allgemeinen Zivilrechts. . . . .	71
4. Maßnahmen des Arbeitsrechts und Sozialrechts. . . . .	71
5. Maßnahmen des Gerichtsverfahrensrechts. . . . .	71
§ 6. <i>Die Kriegswirtschaft.</i> . . . . .	73
I. Vom Staatssozialismus der Friedenswirtschaft zum „Kriegssozialismus“ . . . . .	74
1. Die Krise der Wirtschaft bei Kriegsausbruch. . . . .	74
2. Die Idee des Kriegssozialismus. . . . .	76
3. Die Grundformen des Kriegssozialismus. . . . .	77

## *Inhaltsverzeichnis*

II. Die Kriegs-Organisation der Ernährungswirtschaft . . . . .	79
1. Das Kriegsernährungsamt . . . . .	79
2. Reich und Länder in der Ernährungsverwaltung. . . . .	81
3. Der Beirat des Reichstags für Volksernährung. . . . .	82
4. Die Kriegsgesellschaften, Reichsstellen und Reichskommissare. . . . .	82
5. Rechtsnatur und verfassungspolitische Funktion der Träger der Kriegs-Ernährungsverwaltung . . . . .	84
III. Die Kriegs-Organisation der Rüstungswirtschaft . . . . .	85
1. Staatliche Leitung und privatwirtschaftlicher Vollzug der Rüstungsaufgaben. . . . .	85
2. Die Kriegsrohstoffabteilung (1914). . . . .	86
3. Das Kriegsamt (1916). . . . .	88
4. Die rüstungswirtschaftlichen Vollzugsbehörden: Militärbefehlshaber, Kriegsamtstellen und Kriegsamtnebenstellen . . . . .	91
IV. Die Energiewirtschaft. . . . .	93
1. Die Kohlensyndikate in der Kriegswirtschaft . . . . .	93
2. Der Reichskohlenkommissar. . . . .	94
§ 7. „Kriegssozialismus“ und Sozialstaat. . . . .	95
I. Der Ausbau der Koalitionsfreiheit . . . . .	95
1. Die Stellung der Gewerkschaften seit Kriegsausbruch . . . . .	95
2. Die Festigung der Koalitionsfreiheit durch das Gesetz vom 26. Juni 1916. . . . .	97
3. Der Abbau der gewerberechlichen Schranken der Koalitionsfreiheit . . . . .	99
II. Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916. . . . .	101
1. Die Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes. . . . .	101
2. Die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes. . . . .	103
3. Die Grundbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. . . . .	106
a) Die gesetzliche Arbeitspflicht in Hilfsdiensteinrichtungen . . . . .	106
b) Die Heranziehung zum Hilfsdienst. . . . .	107
c) Die obligatorischen Arbeitnehmer-Ausschüsse und die Einigungs- und Schlichtungsstellen . . . . .	107
III. Die Gewerkschaften unter dem Hilfsdienstgesetz . . . . .	108
1. Das Hilfsdienstgesetz und das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer . . . . .	108
2. Das Hilfsdienstgesetz und die Integration der Gewerkschaften in die Staatsverfassung . . . . .	110
3. Die Gewerkschaften und die Fortsetzung der „Politik des 4. August“ . . . . .	111
4. Die Gewerkschaften und die Streikbewegung des April 1917. . . . .	112
5. Strafmaßnahmen und andere Maßregelungen nach dem Aprilstreik 1917 . . . . .	113
6. Die Entwicklung des Mitgliederstands der Gewerkschaften während des Kriegs. . . . .	115

**Kapitel III. Burgfrieden und innere Neuorientierung 1914—17** 116

§ 8. *Die Neuorientierungspolitik des Kabinetts Bethmann Hollweg* . . . . . 116

- I. *Kriegsausbruch und Burgfriedensbereitschaft* . . . . . 117
  - 1. *Die Burgfriedensparole: „Keine Parteien, nur Deutsche!“* . . . . . 117
  - 2. *Sozialdemokratie und Gewerkschaften in der „nationalen Einheitsfront“* 117
- II. *Probleme der Burgfriedenspolitik* . . . . . 119
  - 1. *Burgfrieden, Reichstag und Reichstagsparteien* . . . . . 119
  - 2. *Die Burgfriedenspolitik und die Sozialdemokratie* . . . . . 122
  - 3. *Die Burgfriedenspolitik und die äußerste Rechte* . . . . . 124
- III. *Ziel und Programm der Neuorientierung* . . . . . 125
  - 1. *Die Neuorientierung und die „Politik der Diagonale“* . . . . . 125
  - 2. *Die Hauptpunkte der Neuorientierung: Verfassungspolitische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Reformen* . . . . . 127
  - 3. *Die Aussichten der Bethmann Hollwegschen Reformpolitik* . . . . . 128

§9. *Die Krisen der Neuorientierungspolitik* . . . . . 129

- I. *Die Auseinandersetzungen um die Neuorientierung 1914—16* . . . . . 129
  - 1. *Die sozialdemokratischen Reformvorstöße 1914-15* . . . . . 129
  - 2. *Der Konflikt um die Neuorientierung im preußischen Staatsministerium und der Ämterwechsel vom 22. Mai 1916* . . . . . 131
  - 3. *Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im September/Oktober 1916* . . . . . 133
- II. *Die Neuorientierungsfrage Anfang 1917* . . . . . 135
  - 1. *Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im Februar/März 1917* . . . 135
  - 2. *Die Neuorientierungsdebatten des preußischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses (März 1917)* . . . . . 137
- III. *Die russische Februar-Revolution und die deutsche Verfassungspolitik* . . . 139
  - 1. *Der Sturz des Zarentums* . . . . . 139
  - 2. *Die Wirkung der russischen Februarrevolution auf die deutsche innere Lage* . . . . . 139
- IV. *Der Verfassungsausschuß des Reichstags* . . . . . 140
  - 1. *Die Neuorientierungsdebatten Ende März 1917* . . . . . 140
  - 2. *Die Einsetzung, Zusammensetzung und Tätigkeit des Verfassungsausschusses* . . . . . 143
  - 3. *Das Reformprogramm des Verfassungsausschusses* . . . . . 145

## *Inhaltsverzeichnis*

4. Die Reichstagsdebatte über das Reformprogramm (15./16. Mai 1917) . . . . .	147
a) Scheidemanns „Drohung mit der Revolution“. . . . .	147
b) Die Debatte über die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt . . . . .	148
c) Die Debatte über die parlamentarische Kontrolle der Kommandogewalt . . . . .	149
d) Die Resolution über das Reichstagswahlrecht . . . . .	150
§ 10. <i>Die Neuorientierung und die preußische Wahlrechtsfrage.</i> . . . . .	151
I. Die Wahlrechtsfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1915/16 . . . . .	152
1. Wege zur Wahlrechtsreform . . . . .	152
2. Die ersten Wahlrechtsdebatten (März 1915/Januar 1916). . . . .	153
3. Fideikommißgesetz und Wahlrechtsreform. . . . .	154
II. Die „Osterbotschaft“ Kaiser Wilhelms II. (7. April 1917). . . . .	154
1. Die Entstehung der Osterbotschaft . . . . .	154
2. Der Inhalt der Osterbotschaft . . . . .	156
III. Die Wahlrechtsfrage in der Endphase der Ära Bethmann Hollweg. . . . .	157
1. Der Wahlrechtskompromiß der vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses . . . . .	157
2. Der Loebellsche Wahlgesetzentwurf . . . . .	159
3. Die Wahlrechtsfrage und die öffentliche Meinung. . . . .	160
§ 11. <i>Die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.</i> . . . . .	161
I. Der Kampf um die sozialdemokratische „Neuorientierung“ 1914/15 . . . . .	164
1. Die „Kriegspolitik“ der Sozialdemokratie. . . . .	164
2. Die innerparteiliche Opposition des linken Flügels. . . . .	166
3. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Liebknecht—Rühle. . . . .	167
4. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Haase. . . . .	168
II. Die Formierung der äußersten Linken 1914/15. . . . .	170
1. Die „Gruppe Internationale“ und andere linksradikale Organisationen . . . . .	170
2. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ . . . . .	174
3. Staatliche Maßnahmen gegen die äußerste Linke. . . . .	175
III. Die deutsche Linke und die Zimmerwalder Bewegung. . . . .	177
1. Die Zimmerwalder Konferenz. . . . .	177
2. Das Zimmerwalder Manifest . . . . .	178

## Inhaltsverzeichnis

§ 12. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie. . . . .	179
I. Die sozialistischen Richtungsgegensätze 1916/17. . . . .	179
1. Die Abspaltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft . . . . .	179
2. Die Entwicklung der „Gruppe Internationale“ zum Spartakus-Bund . . . . .	181
II. Die Kampffaktionen des Linksradikalismus im April 1916. . . . .	182
1. Liebknechts Auftreten und Maßregelung im Reichstag (5.-8. April 1916). . . . .	182
2. Die Jenaer Jugend-Konferenz (23/24. April 1916). . . . .	183
3. Die Kienthaler Konferenz (24.-30. April 1916). . . . .	184
III. Die Mai-Demonstration 1916 und die Festnahme Liebknechts. . . . .	185
1. Der 1. Mai 1916. . . . .	185
2. Liebknechts Verurteilung durch das Kriegsgericht (28. Juni 1916) . . . . .	186
IV. Die Spaltung der SPD (1916/17). . . . .	187
1. Die Sozialdemokratische Reichskonferenz (21.—23. September 1916) . . . . .	187
2. Der Kampf um die sozialdemokratische Presse. . . . .	188
3. Die Reichskonferenz der Opposition (7. Januar 1917). . . . .	189
4. Die Gründung der USPD (6.-8. April 1917). . . . .	190
<b>Kapitel IV. Militärdiktatur, Kriegszielstreit und Friedensfrage 1914—17</b>	<b>192</b>
§ 13. Reichsleitung und Militärgewalt. . . . .	192
I. Primat der Politik oder Primat der Kriegsnotwendigkeiten?. . . . .	193
1. Konstitutionalismus und „Militärdiktatur“. . . . .	193
2. Der Kaiser und die Wahrung des „Primats der Politik“. . . . .	194
II. Die Kriegsverfassung und die Fortdauer der Spaltung der Militärgewalt . . . . .	197
1. Das Große Hauptquartier. . . . .	197
2. Die Oberste Heeresleitung. . . . .	198
3. Der Kriegsminister. . . . .	200
a) Der Kriegsminister und die Oberste Heeresleitung . . . . .	200
b) Der Kriegsminister und die Stellvertretenden Generalkommandos . . . . .	200
c) Der Kriegsminister und der Reichstag . . . . .	201
4. Das Militärkabinett . . . . .	202
III. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Moltke. . . . .	203
1. Der Sieg der Präventivkriegsidee. . . . .	203
2. Der Machtanspruch der Obersten Heeresleitung nach Kriegsausbruch. . . . .	204

## *Inhaltsverzeichnis*

IV. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Falkenhayn . . . . .	204
1. Bethmann Hollweg und Falkenhayn . . . . .	204
2. Primat der Westfront oder der Ostfront? . . . . .	205
3. Deutsche Friedensversuche 1915. . . . .	207
4. Der Kampf um das „Oberkommando Ostfront“. . . . .	208
5. Die Einsetzung des erweiterten Oberkommandos Ostfront . . . . .	211
6. Falkenhayns Sturz . . . . .	212
V. Das Reichskabinett Bethmann Hollweg und die dritte Oberste Heeresleitung . . . . .	213
1. Hindenburg und Ludendorff an der Spitze der Obersten Heeresleitung . . . . .	213
2. Eingriffe der dritten Obersten Heeresleitung in die innere und die auswärtige Politik . . . . .	214
§ 14. Der deutsche Kriegszielstreit 1914—17. . . . .	217
I. Die Kriegszielpolitik des Ersten Weltkriegs. . . . .	218
II. Die deutschen Kriegszielprogramme. . . . .	220
1. Das „Septemberprogramm“ Bethmann Hollwegs . . . . .	220
2. Die annexionistische Bewegung . . . . .	222
a) Verhältnis der Regierungen und Parteien zur annexionistischen Bewegung . . . . .	222
b) Das alldeutsche Kriegszielprogramm. . . . .	223
c) Das Erzbergersche Kriegszielprogramm. . . . .	223
d) Die Forderungen der Schwerindustrie. . . . .	224
3. Bethmann Hollwegs Politik der „realen Garantien“. . . . .	224
III. Die ersten parlamentarischen Kämpfe um die Kriegszielfrage 1914/15 . . . . .	225
1. Die Parteien und die Kriegszielfrage. . . . .	225
2. Die Reichstagsdebatten Dezember 1914 bis März 1915. . . . .	226
IV. Verbände und Gruppen im Kriegszielstreit . . . . .	228
1. Petition und Denkschrift als Mittel der Kriegszielbewegung. . . . .	228
2. Die Eingaben der sechs Wirtschaftsverbände. . . . .	229
3. Die Denkschriften-Aktion des Generals Frh. v. Gayl. . . . .	230
4. Die Intellektuellen-Eingabe vom 8. Juli 1915. . . . .	231
5. Die Gegenaktion der „Gruppe Delbrück“. . . . .	231
V. Reichskanzler und Reichstag im Ringen um die Politik der „realen Garantien“. . . . .	232
1. Die Debatte vom 28/29. Mai 1915. . . . .	232
2. Die Debatte vom 9. Dezember 1915. . . . .	233
3. Die Präzisierung der „realen Garantien“ (5. April 1916). . . . .	234

## *Inhaltsverzeichnis*

VI. Bethmann Hollweg im Kampf gegen die Kanzlerfronde . . . . .	236
1. Der Gegenangriff des Reichskanzlers vom 5. Juni 1916 . . . . .	236
2. Der Deutsche Nationalausschuß . . . . .	237
3. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden . . . . .	238
4. Die sozialdemokratische Friedenspetition . . . . .	238
5. Die Freigabe der Kriegszieldiskussion . . . . .	239
VII. Der deutsche Pazifismus 1914-17. . . . .	241
1. Die „Deutsche Friedensgesellschaft“, der „Bund Neues Vaterland“ und die „Zentralstelle Völkerrecht“. . . . .	241
2. Der Fall Lichnowsky und der Fall Muehlon . . . . .	243
3. Der bürgerliche Pazifismus und die sozialistische Linke. . . . .	244
§ 15. <i>Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.</i> . . . . .	244
I. Die Vorbereitung der Friedensaktion der Mittelmächte. . . . .	245
1. Die Friedensfrage im Reichstag im Herbst 1916 . . . . .	245
2. Die österreichisch-deutschen Verhandlungen über die Friedensbedingungen. . . . .	247
II. Die Friedensnote vom 12. Dezember 1916. . . . .	248
1. Die Bekanntgabe der Friedensnote im Reichstag. . . . .	248
2. Die Parteien und die Friedensnote. . . . .	249
3. Das Scheitern der Friedensaktion der Mittelmächte. . . . .	250
4. Das Scheitern des amerikanischen Friedensschritts. . . . .	251
III. Die deutsche Kriegszieldiskussion nach dem Scheitern des Friedensversuchs. . . . .	253
1. Die Agitation des „Unabhängigen Ausschusses“ (Januar 1917). . . . .	253
2. Die Kriegszielfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (Januar/Februar 1917). . . . .	253
3. Die Kriegszielfrage vor dem Reichstag (Ende Februar 1917). . . . .	254
IV. Der Kampf gegen Bethmann Hollweg nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots. . . . .	255
1. Die Adlon-Konferenz (25. Februar 1917). . . . .	255
2. Die sozialdemokratische Friedensresolution (19. April 1917). . . . .	256
3. Der Kampf gegen den Reichskanzler nach der „Osterbotschaft“ . . . . .	257
§ 16. <i>Der Kampf um den uneingeschränkten Unterseebootkrieg.</i> . . . . .	258
I. Die Marineleitung im Ersten Weltkrieg. . . . .	259
II. Der Streit um den U-Boot-Handelskrieg in der Zeit der zweiten Obersten Heeresleitung . . . . .	261

## *Inhaltsverzeichnis*

1. Die deutsche Sperrgebietserklärung (4. Februar 1915) . . . . .	261
2. Der Verzicht auf den warnungslosen U-Boot-Handelskrieg (6. Juni 1915) . . . . .	264
3. Die „Revolte der Admirale“ . . . . .	265
4. Die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Handelskriegs (11. Februar 1916) . . . . .	266
5. Der weitere Kampf um den „uneingeschränkten“ U-Boot-Handelskrieg . . . . .	267
6. Der Sturz des Staatssekretärs v. Tirpitz (15. März 1916) . . . . .	268
7. Die Reichstagsresolution für den uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg (6. April 1916) . . . . .	269
8. Die Rückkehr zum prisenrechtlichen U-Boot-Handelskrieg (24. April 1916) . . . . .	270
III. Die Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg . . . . .	271
1. Die dritte Oberste Heeresleitung und die U-Boot-Frage im Herbst 1916 . . . . .	271
2. Der Reichstag und die U-Boot-Frage im Herbst 1916 . . . . .	273
3. Die U-Boot-Frage nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots . . . . .	274
4. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab im Angriff gegen den Reichskanzler . . . . .	275
5. Die Entscheidung des U-Boot-Konflikts im Großen Hauptquartier (9. Januar 1917) . . . . .	276
6. Die Entscheidung vom 9. Januar 1917 und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers . . . . .	278
§ 17. Der Kampf um die Friedensresolution des Reichstags . . . . .	279
I. Die österreichischen Sonderfriedensbemühungen . . . . .	280
1. Das Kriegsziel-Programm der Mittelmächte vom März 1917. . . . .	280
2. Der Sixtus-Brief Kaiser Karls . . . . .	281
3. Die Denkschrift Czernins (12. April 1917) . . . . .	282
4. Das Scheitern der Sixtus-Vermittlung und das Kreuznacher Abkommen (17/18. Mai 1917) . . . . .	282
II. Der Reichstag und die Parteien im Kampf um die Kriegszielfrage im Mai/Juni 1917. . . . .	284
1. Die Kriegsziel-Interpellationen im Reichstag (15. Mai 1917) . . . . .	284
2. Die deutsche Sozialdemokratie und die Stockholmer Konferenz . . . . .	287
III. Die Julikrise 1917. . . . .	288
1. Erzbergers politische Schwenkung . . . . .	288
2. Der mehrheitssozialistische Widerstand gegen die neunte Kriegskreditvorlage. . . . .	289
3. Die Bemühungen um eine aktionsfähige Reichstagsmehrheit . . . . .	290
4. Die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917) . . . . .	291
5. Die Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917) . . . . .	292

## Inhaltsverzeichnis

6. Die Konstituierung des Interfraktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien des Reichstags (6. Juli 1917).	293
7. Der Reichskanzler und die Friedensresolution.	295
8. Die ersten Entwürfe der Friedensresolution.	295
§ 18. <i>Der Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg.</i>	296
I. Bemühungen um die Überwindung der Kanzlerkrise.	296
1. Der Reichskanzler vor dem Hauptausschuß (7. Juli 1917).	296
2. Die Oberste Heeresleitung in der Julikrise.	297
II. Die Verflechtung der Friedens- und der Verfassungsfrage.	298
1. Der Konflikt zwischen den Mehrheitsparteien über die Friedensresolution.	298
2. Der Kronrat vom 9. Juli 1917 und die preußische Wahlrechtsfrage.	300
3. Die Verhandlungen über die Friedensresolution im Interfraktionellen Ausschuß (10. Juli 1917).	301
4. Die Entscheidung des Kaisers in der preußischen Wahlrechtsfrage (10. Juli 1917).	302
5. Die Mehrheitssozialisten und die Parlamentarisierungsfrage.	303
6. Die Verfassungs- und die Friedensfrage am 11. Juli 1917.	304
7. Der Reformverlaß des Kaisers vom 11. Juli 1917.	306
III. Der Kanzlersturz.	307
1. Die parlamentarische Kanzlerfronde, die Oberste Heeresleitung und der Kronprinz im Generalangriff gegen den Reichskanzler.	307
2. Die endgültige Fassung der Friedensresolution und das Veto des Reichskanzlers.	309
3. Die Demission Bethmann Hollwegs (13. Juli 1917).	310
<b>Kapitel V. Das Reichskabinett Michaelis</b>	312
§ 19. <i>Das Kabinett Michaelis und der Fortgang des Kampfs um die Friedenspolitik.</i>	312
I. Konstitutionelles oder parlamentarisches Reichssystem?.	312
1. Das Kräftespiel beim Kanzlerwechsel.	312
2. Die Berufung von Michaelis.	313
3. Die Aufgabe des neuen Reichskanzlers.	315
II. Friedensresolution und Kriegskreditvorlage.	316
1. Die Friedensresolution nach dem Kanzlerwechsel.	316

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Inhalt und Bedeutung der Friedensresolution. . . . .	317
3. Die Friedensresolution vor dem Reichstag (19. Juli 1917). . . . .	319
4. Die Annahme des neunten Kriegskreditgesetzes (20. Juli 1917). . . . .	321
III. Die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen. . . . .	322
1. Die Parlamentarisierungsfrage unter Michaelis. . . . .	322
2. Das Reichskabinett Michaelis. . . . .	323
3. Das preußische Staatsministerium Michaelis. . . . .	325
4. Übersicht über die Kabinettsbildung vom 5. August 1917. . . . .	326
IV. Spannungen innerhalb der Reichstagsmehrheit nach dem 19. Juli 1917. . . . .	327
1. Das Zentrum und die Friedensresolution. . . . .	327
2. Die Fortschrittliche Volkspartei und die Friedensresolution. . . . .	329
3. Die Mehrheitssozialisten und die Friedensresolution. . . . .	329
V. Die Neuformierung der außerparlamentarischen Verbände. . . . .	330
1. Die Deutsche Vaterlandspartei. . . . .	330
2. Gegenaktionen gegen die Vaterlandspartei. . . . .	333
3. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland. . . . .	334
§ 20. <i>Das Kabinett Michaelis und die päpstliche Friedensaktion</i> .....	335
I. Die Friedensnote Papst Benedikts XV. . . . .	335
1. Die Vorbereitung des päpstlichen Friedenschritts. . . . .	336
2. Die Vorverhandlungen Pacellis mit Bethmann Hollweg. . . . .	337
3. Die Verhandlungen Pacellis mit Michaelis. . . . .	338
4. Die päpstliche Friedensnote (1. August 1917). . . . .	339
II. Die Reichsleitung und die päpstliche Friedensaktion. . . . .	341
1. Die belgische Frage: Vorbedingung oder Gegenstand der Friedensverhandlungen?. . . . .	341
2. Das Schreiben Pacellis vom 30. August 1917. . . . .	343
III. Der Reichstag und die päpstliche Friedensaktion. . . . .	344
1. Der Interfraktionelle Ausschuß und die Friedensfrage. . . . .	344
2. Der Hauptausschuß des Reichstags und die Friedensfrage. . . . .	344
3. Der „Freie Ausschuß beim Reichskanzler“ und die päpstliche Friedensnote. . . . .	346
a) Errichtung und Zusammensetzung des „Freien Ausschusses“ . . . . .	346
b) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 28. August 1917 . . . . .	348
c) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 10. September 1917. . . . .	349
IV. Die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensnote. . . . .	351
1. Der Kronrat vom 11. September 1917. . . . .	351

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Die deutsche Antwortnote vom 13. September 1917. . . . .	353
3. Der Brief des Reichskanzlers an Pacelli vom 24. September 1917 . . . . .	354
V. Das Scheitern der Friedensbemühungen von 1917. . . . .	356
1. Der französische Anspruch auf die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens . . . . .	356
2. Der Fehlschlag der Friedensbemühungen des Kabinetts Michaelis . . . . .	357
3. Das Ende des „Freien Ausschusses“. . . . .	358
VI. Der Streit um die Verantwortung für das Scheitern der päpstlichen Friedensaktion . . . . .	359
§21. <i>Der Flottenaufruhr des Sommers 1917.</i> . . . . .	360
I. Ursachen und Ziele der Flottenbewegung . . . . .	361
1. Das revolutionäre Programm der Flottenbewegung . . . . .	361
2. Die Zentren der Flottenbewegung . . . . .	363
3. Die Flottenbewegung und die USPD. . . . .	364
II. Der Flottenaufruhr in Wilhelmshaven. . . . .	365
1. Der Aufruhrplan . . . . .	365
2. Die Meuterei im IV. Geschwader. . . . .	366
3. Die Aufdeckung des revolutionären Komplotts . . . . .	367
III. Das kriegsgerichtliche Verfahren gegen die Matrosenführer. . . . .	368
1. Das Kriegsgerichtsurteil vom 25. August 1917. . . . .	368
2. Die Bestätigung des Urteils durch den Flottenchef Admiral Scheer . . . . .	369
IV. Die Frage der Mitverantwortung der USPD. . . . .	370
1. Politische oder straf rechtliche Mitverantwortung ? . . . . .	370
2. Die Unterrichtung der Parteiführer durch die Reichsleitung . . . . .	371
§ 22. <i>Der Sturz des Reichskanzlers Michaelis.</i> . . . . .	372
I. Die Interpellationen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen vor dem Reichstag . . . . .	372
1. Der Zusammenstoß im Reichstag (6. Oktober 1917). . . . .	373
2. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Reichstag vor dem Hauptausschuß (8. Oktober 1917). . . . .	374
II. Die Flottenbewegung vor dem Reichstag. . . . .	375
1. Die Kampfansage des Reichskanzlers gegen die USPD (9. Oktober 1917). . . . .	375
2. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Capelle gegen die USPD. . . . .	377
3. Der mehrheitssozialistische Beistand für die USPD. . . . .	378

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Die Reichstagsmehrheit im Angriff gegen den Reichskanzler. . . . .	380
1. Der Vierparteienblock und die Kanzlerfrage. . . . .	380
2. Die Kanzlerfrage im Interfraktionellen Ausschuß. . . . .	382
3. Die Forderung des Kanzlerwechsels. . . . .	383
IV. Widerstand oder Unterwerfung des konstitutionellen Regimes? . . . . .	385
1. Der angebliche Staatsstreichplan der Exekutive. . . . .	385
2. Der Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis. . . . .	386
<b>Kapitel VI. Das Reichskabinett Graf Hertling</b> . . . . .	<b>388</b>
§ 23. <i>Das Kabinett Graf Hertling</i> <i>und die Parlamentarisierung der Reichsgewalt.</i> . . . . .	388
I. Die Bildung des Kabinetts Graf Hertling . . . . .	388
1. Die Kandidatur des Grafen Hertling . . . . .	388
2. Hertlings Verhandlungen in Berlin (27.-30. Oktober 1917). . . . .	389
3. Hertling und der Interfraktionelle Ausschuß. . . . .	390
4. Hertlings Verständigung mit der Zentrumsparlei . . . . .	391
5. Die „Bedingungen“ des Interfraktionellen Ausschusses. . . . .	392
6. Die Annahme der „Bedingungen“ der Mehrheitsparteien durch den Kanzlerkandidaten. . . . .	394
II. Der Durchbruch zum parlamentarischen Regime. . . . .	395
1. Die Ernennung Hertlings zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten. . . . .	395
2. Der Kampf um das Amt des Vizekanzlers. . . . .	396
3. Der Sturz des Vizekanzlers Helfferich - der entscheidende Akt auf dem Weg zum parlamentarischen System. . . . .	398
4. Hertlings Widerstand gegen die weitere Parlamentarisierung . . . . .	398
5. Übersicht über die Kabinettsumbildung von Anfang November 1917 . . . . .	400
III. Reichsleitung und Reichstag in den Anfängen der Ära Hertling . . . . .	401
1. Graf Hertling vor dem Reichstag (29. November/1. Dezember 1917) ..	401
2. Die Debatte über die Kanzlerrede vom 29. November 1917. . . . .	403
3. Die Annahme der zehnten Kriegskreditvorlage und die Vertagung des Reichstags. . . . .	404
4. Parteiführerkonferenzen und Hauptausschußsitzungen im Dezember 1917/Januar 1918. . . . .	405
§ 24. <i>Die russische Oktoberrevolution und die deutsche Ostfriedenspolitik</i> . . . . .	406
I. Die Oktoberrevolution und Deutschland. . . . .	407

## *Inhaltsverzeichnis*

1. Der bolschewistische Umsturz . . . . .	407
2. Der Waffenstillstand im Osten. . . . .	408
3. Die Wirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche revolutionäre Bewegung . . . . .	409
II. Der Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. . . . .	409
1. Das deutsche Friedensprogramm und die Parteiführerkonferenz vom 20. Dezember 1917. . . . .	409
2. Der erste Abschnitt der Friedens Verhandlungen (22.-28. Dezember 1917). . . . .	411
3. Der deutsch-österreichische Entwurf eines Präliminarfriedens (27. Dezember 1917). . . . .	413
III. Der Ostfrieden und die deutschen Parteien Anfang 1918. . . . .	414
1. Die Parteiführerkonferenz vom 1. Januar 1918. . . . .	414
2. Die Friedensfrage vor dem Hauptausschuß des Reichstags (3.-11. Januar 1918). . . . .	415
IV. Der Ostfrieden und die Oberste Heeresleitung . . . . .	417
1. Die Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember 1917. . . . .	417
2. Der Kronrat vom 2. Januar und das Protestschreiben Hindenburgs vom 17. Januar 1918. . . . .	419
3. Die Konferenz vom 12. Januar 1918 und die Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“. . . . .	420
4. Bedeutung und Inhalt der Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“. . . . .	421
5. Die Friedensresolution: „Kein Freibrief für risikolose Kriegsverlängerung!“. . . . .	423
V. Der zweite Abschnitt der Friedenskonferenz . . . . .	425
1. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen in Brest-Litowsk (9. Januar 1918). . . . .	425
2. Der „Faustschlag“ des Generals Hoffmann. . . . .	425
3. Die deutschen Parteien und die Januar-Verhandlungen in Brest-Litowsk	426
VI. Die Reichsleitung, der Ostfrieden und die Vierzehn Punkte Wilsons . . . . .	428
1. Die Parteiführerkonferenz vom 23. Januar 1918. . . . .	428
2. Die Reichskanzler-Erklärung vor dem Hauptausschuß des Reichstags (24. Januar 1918). . . . .	429
3. Das Vertrauensvotum für Kühlmann (26. Januar 1918). . . . .	430
§25. <i>Der Januarstreik 1918</i> .....	432
I. Die Streikbewegung des Januar 1918 . . . . .	433
1. Die Vorbereitung des politischen Massenstreiks. . . . .	433

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Der Streikausbruch . . . . .	434
3. Die Streikleitung . . . . .	435
4. Das Streikprogramm . . . . .	436
II. Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften im Januarstreik 1918 . . . . .	437
1. Die Mehrheitssozialisten in der Streikleitung . . . . .	437
2. Die Gewerkschaften und der Januarstreik . . . . .	438
III. Die Abwehrmaßnahmen gegen den Januarstreik . . . . .	439
1. Die ersten Gegenmaßnahmen der Reichsleitung . . . . .	439
2. Die Bemühungen der Streikleitung um Verhandlungen mit der Regierung . . . . .	440
3. Die Verhängung des verschärften Belagerungszustands (31. Januar 1918) . . . . .	441
IV. Das Ende des Januarstreiks . . . . .	442
1. Der Abbruch der Streikbewegung . . . . .	442
2. Strafverfolgungen und sonstige Maßregelungen nach dem Abbruch des Januarstreiks . . . . .	443
3. Das Ergebnis des Januarstreiks . . . . .	444
V. Der Januarstreik und der Reichstag . . . . .	445
1. Die Krise innerhalb der Reichstagsmehrheit . . . . .	445
2. Der Fall Dittmann vor dem Reichstag . . . . .	446
3. Die Generaldebatte über den Januarstreik . . . . .	447
§ 26. Abschluß und Vollzug der Ostfriedensverträge . . . . .	449
I. Die Krise der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk . . . . .	450
1. Der Abbruch der Friedensverhandlungen . . . . .	450
2. Die Reichsleitung und die Parteien in der Krise der Friedenskonferenz . . . . .	451
3. Die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen im Osten . . . . .	453
II. Der Frieden von Brest-Litowsk . . . . .	453
1. Die Unterwerfung Rußlands unter die Friedensbedingungen der Mittelmächte . . . . .	453
2. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags . . . . .	455
III. Die Ratifikation der Ostfriedensverträge . . . . .	456
1. Das staatsrechtliche Erfordernis der Mitwirkung der Legislative beim Friedensschluß . . . . .	456
2. Die Reichstagsverhandlungen über die Verträge von Brest-Litowsk . . . . .	458
a) Der Friedensvertrag mit der Ukraine . . . . .	458
b) Der Friedensvertrag mit Rußland . . . . .	458
c) Die Reichstagsresolution und die Schlußabstimmung vom 22. März 1918 . . . . .	460

## Inhaltsverzeichnis

3. Die Reichstagsverhandlungen über den Frieden mit Finnland und Rumänien. . . . .	461
a) Der Friedensvertrag mit Finnland. . . . .	461
b) Der Friedensvertrag mit Rumänien. . . . .	462
IV. Das deutsch-russische Verhältnis nach Brest-Litowsk . . . . .	463
1. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland . . . . .	463
2. Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk . . . . .	464
a) Der Abschluß der Ergänzungsverträge. . . . .	464
b) Der Inhalt der Ergänzungsverträge. . . . .	465
c) Die staatsrechtliche Problematik der „zustimmungslosen Ratifikation“ der Ergänzungsverträge. . . . .	466
§ 27. Das Kabinett Hertling und die Reichsverfassungsreform. . . . .	467
I. Reichs Verfassung und Parlamentarisierung. . . . .	467
1. Das Ringen um die Änderung des Art. 9 der Reichsverfassung . . . . .	467
2. Die Mehrheitssozialisten und das parlamentarische Regierungssystem . . . . .	469
3. Der Wiedereintritt der Mehrheitssozialisten in das Reichstagspräsidium . . . . .	470
4. Die mehrheitssozialistische „Doppelstrategie“ 1917/18. . . . .	471
II. Die „kleine Reichswahlreform“. . . . .	472
1. Wahlkreisreform oder Verhältniswahlssystem?. . . . .	472
2. Das Gesetz über die Einführung der Verhältniswahl in den großen Reichstagswahlkreisen. . . . .	473
III. Die Sozialverfassungsreform. . . . .	474
1. Die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung . . . . .	475
2. Das Arbeitskammergesetz . . . . .	476
§ 28. Das Kabinett Hertling und die preußische Wahlreform. . . . .	479
I. Die preußischen Gesetzentwürfe vom 25. November 1917. . . . .	479
1. Die Reform des Abgeordnetenhauses. . . . .	479
2. Die Reform des Herrenhauses. . . . .	480
3. Die Reform des Staatshaushaltsrechts. . . . .	481
II. Die Reformentwürfe vor dem Abgeordnetenhaus. . . . .	482
1. Die erste Lesung (5.-11. Dezember 1917). . . . .	482
2. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die erste Lesung . . . . .	483
3. Die Ausschußverhandlungen (11. Januar - 13. April 1918). . . . .	484
4. Die zweite Lesung (30. April-2. Mai 1918). . . . .	486
5. Die dritte Lesung (13/14. Mai 1918). . . . .	488

## *Inhaltsverzeichnis*

6. Die vierte Lesung (11712. Juni 1918). . . . .	489
7. Die fünfte Lesung (4. Juli 1918). . . . .	491
III. Die Reformvorlagen vor dem Herrenhaus . . . . .	492
1. Die Wahlrechtsfrage im Ausschuß des Herrenhauses (Juli-September 1918). . . . .	492
2. Die Polemik gegen die „Verschleppung der Wahlrechtsfrage“. . . . .	493
3. Hertlings letzte Bemühungen um einen Wahlrechtskompromiß . . . . .	495
§ 29. Die Sommerkrise 1918. . . . .	497
I. Militärische Offensive und „Friedensoffensive“. . . . .	497
1. Die „patriotische Friedensbewegung“. . . . .	497
2. Die Denkschriften des Obersten v. Haeften. . . . .	498
3. Geheime Friedenssondierungen. . . . .	499
4. Hertlings Antwort an Wilson. . . . .	500
II. Die Kühlmann-Krise. . . . .	501
1. Kühlmanns Reichstagsrede vom 24. Juni 1918. . . . .	501
2. Die verfassungsrechtliche Problematik des Kühlmannschen „Alleingangs“. . . . .	503
3. Die Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen vom 25. Juni 1918. . . . .	504
4. Die Intervention der Obersten Heeresleitung. . . . .	506
5. Der Austrag des Konflikts im Großen Hauptquartier. . . . .	507
III. Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts. . . . .	508
1. Kühlmanns Entlassung. . . . .	508
2. Hintzes Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts. . . . .	509
IV. Die Änderungen in der militärischen Führungsorganisation . . . . .	511
1. Der Wechsel an der Spitze des Militärkabinetts. . . . .	511
2. Der Wechsel in der Marineführung . . . . .	511
§ 30. Die Herbstkrise 1918 und der Sturz des Reichskanzlers Graf Hertling . . . . .	513
I. Der neue Friedensschritt der Mittelmächte. . . . .	513
1. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier am 13.—15. August 1918 . . . . .	513
2. Die Parteiführerkonferenz vom 21. August 1918. . . . .	515
3. Die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses vom 12. und 13. September 1918. . . . .	516
II. Die Krise des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses. . . . .	518
1. Die Wiener Friedensnote vom 14. September 1918. . . . .	518

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Die Demarche der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler (15. September 1918) . . . . .	519
3. Die deutsche Antwortnote an Österreich (20. September 1918). . . . .	520
III. Die Krise des Kabinetts Hertling . . . . .	521
1. Die Bemühungen um eine neue Regierungskoalition . . . . .	521
2. Die Völkerbunds-Resolution und die Programm-Denkschrift des Interfraktionellen Ausschusses . . . . .	522
3. Die Bedingungen der Mehrheitssozialisten für den Eintritt ins Reichskabinett (23. September 1918). . . . .	523
4. Die Tagung des Hauptausschusses des Reichstags (24.-27. September 1918). . . . .	525
5. Der Endkampf um das deutsche Regierungssystem . . . . .	526
IV. Graf Hertlings Rücktritt . . . . .	528
1. Das „Protokoll“ der Mehrheitsparteien (28. September 1918). . . . .	528
2. Das Eingreifen der Obersten Heeresleitung: der Beschluß über Kanzlerwechsel und Waffenstillstandsersuchen . . . . .	529
3. Der Kronrat vom 29. September 1918. . . . .	531
4. Der Parlamentarisierungserlaß des Kaisers (30. September 1918) . . . . .	531
V. Das Ende des deutschen Konstitutionalismus und das Problem der konstitutionellen Staatsform . . . . .	533
Kapitel VII. Das Reichskabinett Prinz Max von Baden . . . . .	535
§ 31. Die letzte kaiserliche Regierung. . . . .	535
I. Die Umbildung der Reichsregierung . . . . .	535
1. Die Regierungskoalition . . . . .	535
2. Das Koalitionsprogramm . . . . .	537
3. Die Suche nach dem Kanzlerkandidaten. . . . .	538
4. Die Kandidatur des Prinzen Max von Baden . . . . .	539
5. Die Vorstellungen des Prinzen Max über „Regierungsparteien“ und „nationale Opposition“. . . . .	542
II. Das Reichskabinett und das preußische Kabinett im Oktober/November 1918. . . . .	544
1. Die neue Reichsleitung . . . . .	544
2. Das neue preußische Kabinett. . . . .	545
3. Die sonstigen zentralen Ämter. . . . .	546

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Der Fortgang der Parlamentarisierung. . . . .	547
1. Kriegskabinett und Gesamtkabinett. . . . .	547
2. Der Abbau der parlamentarischen Inkompatibilitäten. . . . .	549
3. Übersicht über die Kabinettsumbildung vom 3. Oktober 1918. . . . .	549
§32. <i>Waffenstillstandersuchen und Wilson-Frieden.</i> . . . . .	551
I. Das deutsche Waffenstillstandersuchen. . . . .	552
1. Der designierte Reichskanzler im Widerstand gegen das Waffenstillstandersuchen. . . . .	552
2. Die Parteiführerkonferenz vom 2. Oktober 1918. . . . .	553
3. Der Kronrat vom 2. Oktober 1918 und die endgültige Entscheidung . . . . .	554
4. Die Machtkonstellation bei der Entscheidung über das Waffenstillstandersuchen. . . . .	556
II. Waffenstillstandsnote und Regierungserklärung. . . . .	557
1. Die deutsche Note vom 3. Oktober 1918. . . . .	557
2. Das Ringen um die Reichskanzler-Erklärung. . . . .	557
3. Die Reichskanzler-Rede vom 5. Oktober 1918. . . . .	559
III. Der erste Notenwechsel mit Wilson. . . . .	560
1. Die amerikanische Note vom 8. Oktober 1918. . . . .	560
2. Rathenaus Gedanke der „levee en masse“ und Ludendorffs Ablehnung . . . . .	561
3. Die deutsche Note vom 12. Oktober 1918. . . . .	563
IV. Die Kanzlerkrise (11.-15. Oktober 1918). . . . .	564
1. Die „Affäre Muehlon“. . . . .	564
2. Die Erklärung des Reichskanzlers vor dem Interfraktionellen Ausschuß . . . . .	565
V. Der zweite Notenwechsel mit Wilson. . . . .	566
1. Die „Demokratisierung“ der deutschen Verfassungsverhältnisse - eine Vorbedingung für Waffenstillstand und Frieden. . . . .	566
2. Das Ringen um die deutsche Antwort. . . . .	567
3. Die Kabinettsberatungen vom 17. Oktober 1918. . . . .	569
4. Der Entwurf der deutschen Antwortnote. . . . .	570
5. Der deutsche Verzicht auf den U-Boot-Krieg. . . . .	571
6. Die Entscheidung des Kaisers über die Antwort an Wilson. . . . .	572
7. Die deutsche Note vom 21. Oktober 1918. . . . .	575
VI. Die dritte Wilson-Note und ihre Wirkung auf die deutsche Verfassungslage. . . . .	576
1. Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?. . . . .	576
2. Wilson und die „Kaiserfrage“. . . . .	576
3. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung . . . . .	577

## *Inhaltsverzeichnis*

4. Das Ringen um den Wechsel in der Obersten Heeresleitung . . . . .	578
5. Die Entlassung Ludendorffs (26. Oktober 1918). . . . .	580
VII. Der Abschluß des deutsch-amerikanischen Notenwechsels . . . . .	581
1. Die deutsche Note vom 27. Oktober 1918. . . . .	581
2. Die vierte Wilson-Note (5. November 1918) und die Abreise der deutschen Waffenstillstands-Delegation nach Compiegne. . . . .	583
§33. <i>Die Oktoberreformen.</i> . . . . .	584
I. Die Reform der Reichsverfassung. . . . .	584
1. Die Reformvorlagen vor dem Bundesrat . . . . .	584
2. Die Reformvorlagen vor dem Reichstag . . . . .	586
II. Die verfassungspolitische Bedeutung der Reichsgesetze vom 28. Oktober 1918 . . . . .	588
1. Das erste Reformgesetz . . . . .	588
2. Das zweite Reformgesetz. . . . .	589
3. Die Oktoberreformen und das Wehrverfassungsrecht . . . . .	591
4. Der kaiserliche Erlaß vom 28. Oktober 1918. . . . .	592
III. Der Kampf um Wahlreform und Parlamentarisierung in Preußen. . . . .	593
1. Der Wahlrechtskompromiß in der Kommission des Herrenhauses (1. Oktober 1918). . . . .	593
2. Die Annahme des gleichen Wahlrechts im Plenum des Herrenhauses (24. Oktober 1918). . . . .	594
3. Die neue preußische Wahlrechtskrise. . . . .	596
IV. Die Oktoberreformen und das Reichsland Elsaß-Lothringen. . . . .	597
1. Die Frage der elsäß-lothringischen Autonomie in der Herbstkrise 1918 . . . . .	597
2. Das Scheitern der Bemühungen um die elsäß-lothringische Autonomie . . . . .	599
§ 34. <i>Militärverfassung und Kriegszustandsrecht</i> <i>am Vorabend der Revolution.</i> . . . . .	600
I. Die Reichsleitung und die Militärgewalt nach den Oktoberreformen . . . . .	600
1. Die Kommandoakte „von politischer Bedeutung“. . . . .	600
2. Die Immediatstellung der Kommandobehörden . . . . .	601
3. Das Verhältnis Reichskanzler—Kriegsminister. . . . .	603
II. Militärkabinette und Pressebehörden . . . . .	603
1. Die Mediatisierung des Militärkabinetts und des Marinekabinetts . . . . .	603
2. Die Reorganisation des Kriegspresseamts und der Oberzensurstelle . . . . .	605

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Der Abbau des Kriegszustands im Oktober/November 1918. . . . .	606
1. Die Zusage des Reichskanzlers auf Beschränkung der Kriegszustands-Vollmachten (5. Oktober 1918). . . . .	606
2. Der Amnestie-Erlaß vom 12. Oktober 1918. . . . .	607
3. Die Kriegszustands-Erlasse vom 15. Oktober 1918. . . . .	609
a) Die Verordnung über die erweiterte Weisungsgewalt des Obermilitärbefehlshabers. . . . .	609
b) Der Erlaß über das Zusammenwirken der Militärgewalt und der Zivilgewalt im Kriegszustandsrecht . . . . .	610
4. Die Erweiterung der Versammlungs- und der Pressefreiheit durch den Erlaß vom 2. November 1918. . . . .	611
a) Die Lockerung der Versammlungskontrolle. . . . .	611
b) Die Lockerung der Pressezensur. . . . .	612
5. Die Freilassung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der Marine-Meuterer. . . . .	613
§ 35. <i>Die revolutionäre Bewegung, die Friedensfrage und die Kaiserfrage</i> . . . . .	615
I. Die revolutionäre Bewegung im Oktober 1918. . . . .	615
1. Die Stärke der revolutionären Bewegung. . . . .	615
2. Die Gruppen der revolutionären Bewegung. . . . .	616
3. Die Ziele der revolutionären Bewegung . . . . .	619
II. Die Kaiserfrage. . . . .	621
1. Die Krise des monarchischen Gedankens . . . . .	621
2. Rettung der Monarchie durch Thronverzicht des Kaisers? . . . . .	622
3. Die revolutionäre Parole vom Kaisertum als „Friedenshindernis“ . . . . .	624
4. Das Reichskabinett und die Kaiserfrage . . . . .	625
5. Die Mehrheitsparteien des Reichstags und die Kaiserfrage. . . . .	626
III. Die Kaiserkrise. . . . .	627
1. Die Kaiserfrage und die Wilson-Noten. . . . .	627
2. Der Reichstag und die Kaiserkrise. . . . .	629
3. Der Reichskanzler und der Regentschaftsplan. . . . .	631
4. Die Abreise des Kaisers ins Große Hauptquartier (29. Oktober 1918) . . . . .	632
5. Der Vorstoß des Staatssekretärs Scheidemann in der Kaiserfrage (29. Oktober 1918). . . . .	634
6. Der Zwiespalt im Kriegskabinett (31. Oktober 1918). . . . .	635
§ 36. <i>Der Aufstand auf der Hochseeflotte.</i> . . . . .	636
I. Der Plan des Flottenvorstoßes von Ende Oktober 1918. . . . .	637
1. Der Einsatzplan der Seekriegsleitung. . . . .	637

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Das strategische Ziel des Flottenvorstoßes . . . . .	638
3. Die Kontroverse um den Sinn des Flottenvorstoßes . . . . .	639
II. Die verfassungsrechtliche Problematik des Flottenvorstoßes. . . . .	642
1. Admiralsrebellion oder Matrosenmeuterei . . . . .	642
2. Das Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers mit der Operationsfreiheit der Hochseeflotte. . . . .	643
3. Die Anerkennung der Loyalität der Seekriegsleitung durch den Reichskanzler. . . . .	645
III. Der Flottenaufstand in Wilhelmshaven. . . . .	646
1. Die Auflehnung von Teilen der Hochseeflotte gegen den Einsatzbefehl . . . . .	646
2. Die Gegenmaßnahmen der Flottenführung . . . . .	649
IV. Der Flottenaufstand in Kiel . . . . .	650
1. Die Entwicklung des Kieler Marineaufstands (1.—7. November 1918) . . . . .	650
2. Die Kieler aufständische Bewegung und die Militärgewalt . . . . .	651
3. Die Kieler aufständische Bewegung und die politische Reichsgewalt . . . . .	652
4. Haußmann und Noske in Verhandlungen mit den Aufständischen in Kiel. . . . .	653
5. Noske als Vorsitzender des Kieler Soldatenrats. . . . .	654
6. Noske als Gouverneur von Kiel. . . . .	655
§37. <i>Der Kampf um das Kaisertum zwischen Berlin und Spa.</i> . . . . .	656
I. Die Einwirkungen der Reichsleitung auf das Große Hauptquartier Anfang November 1918. . . . .	656
1. Die Mission Drews. . . . .	656
2. Der Simons'sche Plan: Reichsverweserschaft und preußische Regentschaft. . . . .	658
II. Die Verschärfung der Lage in Berlin . . . . .	660
1. Die russische Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse und der Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen (4. November 1918) . . . . .	660
2. Das Auftreten des Ersten Generalquartiermeisters Groener in Berlin (576. November 1918). . . . .	660
3. Das mehrheitssozialistische Ultimatum an den Reichskanzler (7. November 1918). . . . .	662
III. Das letzte Ringen zwischen Berlin und Spa . . . . .	664
1. Die Abdankungsempfehlung des Reichskanzlers (778. November 1918) . . . . .	664
2. Die Reichsleitung und die Parteien am Vorabend der Revolution . . . . .	665
3. Der Entschluß des Großen Hauptquartiers zum Widerstand (8. November 1918). . . . .	666
4. Die Preisgabe des Kampf-Entschlusses. . . . .	667

## *Inhaltsverzeichnis*

### *B. Die deutsche Revolution 1918/1919*

#### **Kapitel VIII. Die Novemberrevolution**

673

§ 38. <i>Der neunte November.</i> . . . . .	673
I. Der Vormittag des 9. November in Berlin . . . . .	674
1. Der Ausbruch der Revolution. . . . .	674
2. Der Austritt der Mehrheitssozialisten aus dem Reichskabinett . . . . .	674
II. Die Beratungen im Großen Hauptquartier am Tag der Revolution. . . . .	675
1. Der Militärvortrag am Vormittag des 9. November. . . . .	675
2. Die Befragung der Frontkommandeure. . . . .	676
3. Die Abdankungsfrage zwischen Berlin und Spa . . . . .	678
4. Der Entschluß zur Teil-Abdankung . . . . .	680
5. Die Erklärung der Abdankungsbereitschaft Kaiser Wilhelms II. (9. November 1918). . . . .	681
III. Die Entthronung des Kaisers und Königs. . . . .	682
1. Die Bekanntgabe der Voll-Abdankung des Kaisers und Königs durch den Reichskanzler. . . . .	682
2. Die Übergabe der Reichskanzlerschaft an Eben. . . . .	685
3. Der Verzicht auf Reichsverweserschaft und Regentschaft. . . . .	688
4. Der Machtwechsel in Berlin. . . . .	689
5. Die Proklamation der Republik. . . . .	690
IV. Die Verantwortlichkeit für den Untergang der deutschen Monarchie . . . . .	692
1. Thronverzicht zur Rettung der Monarchie ?. . . . .	692
2. Die Verantwortung der Obersten Heeresleitung. . . . .	693
3. Die Verantwortung des Reichskanzlers. . . . .	694
4. Der Staatsstreich der Reichskanzlei. . . . .	695
5. Die Verantwortung für den Verzicht auf Reichsverweserschaft und preußische Regentschaft . . . . .	696
§ 39. <i>Die „Flucht nach Holland“.</i> . . . . .	697
I. Kampf um die Krone oder Übertritt ins Ausland ?. . . . .	698
1. Die Anerkennung der Thronhebung im Großen Hauptquartier . . . . .	698
2. Die Delegation der kaiserlichen Kommandogewalt an den Chef der Obersten Heeresleitung. . . . .	699

## *Inhaltsverzeichnis*

3. Der Rat zum Übertritt nach Holland . . . . .	700
4. Der Grenzübertritt des Kaisers. . . . .	701
II. Das Problem des „Königstods“. . . . .	702
1. Der Plan der „Selbstaufopferung“ des Monarchen an der Front . . . . .	702
2. Die Vorbereitung des Front-Unternehmens im Großen Hauptquartier . . . . .	704
3. Die Gründe gegen die „Selbstaufopferung“. . . . .	705
III. Der formelle Thronverzicht . . . . .	706
§ 40. Der Rat der Volksbeauftragten und das Rätesystem. . . . .	706
I. Ebert als Reichskanzler an der Spitze des alten Reichskabinetts (9710. November 1918). . . . .	708
II. Die Einsetzung des Rats der Volksbeauftragten. . . . .	709
1. Die beiden sozialistischen Parteien nach dem Sieg der Revolution . . . . .	709
2. Die Koalitionsverhandlungen vom 9. November 1918. . . . .	710
3. Die Koalitionsvereinbarung vom 10. November 1918. . . . .	712
4. Die Machtübernahme durch den Rat der Volksbeauftragten. . . . .	713
III. Das Rätesystem . . . . .	714
1. Die Arbeiter- und Soldatenräte. . . . .	714
2. Die Räteversammlung im „Zirkus Busch“ (10. November 1918) . . . . .	715
3. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten durch die Großberliner Räteversammlung . . . . .	717
IV. Die ersten Spannungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß. . . . .	718
1. Der Machtkampf zwischen den beiden obersten Revolutionsorganen - ein Kampf um die Suprematie zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen. . . . .	718
2. Der Aufruf des Großberliner Vollzugsausschusses vom 11. November 1918. . . . .	719
3. Der Erlaß des Großberliner Vollzugsausschusses über die Bildung einer „Roten Garde“ (12. November 1918). . . . .	720
V. Die Problematik des Rätesystems in der Novemberrevolution. . . . .	721
1. Die vier unterschiedlichen Möglichkeiten des Rätesystems. . . . .	721
a) Der „Rätestaat“. . . . .	721
b) Das Räteregime als Instrument der revolutionären Parteien-Diktatur . . . . .	722
c) Das Räteregime als revolutionäres Interim. . . . .	723
d) Die Räte als Organisationsform der Wirtschaftsdemokratie. . . . .	723
2. Das Rätesystem des November/Dezember 1918. . . . .	724

## *Inhaltsverzeichnis*

§ 41. <i>Der Rat der Volksbeauftragten und die oberste Reichsgewalt.</i> . . . . .	726
I. Der Rat der Volksbeauftragten als Inhaber der revolutionären Diktaturgewalt . . . . .	726
II. Der Rat der Volksbeauftragten und die bestehenden Reichsorgane. . . . .	728
1. Die Ausschaltung des Reichstags. . . . .	729
2. Die Degradation des Bundesrats zur reinen Verwaltungsinstanz. . . . .	730
III. Die Aufgaben des Rats der Volksbeauftragten. . . . .	731
1. Die Kollegialaufgaben. . . . .	731
2. Die Ressortaufgaben. . . . .	731
IV. Der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 . . . . .	732
1. Der Aufruf - ein sozialistisches oder ein freiheitlich-demokratisches Verfassungsmanifest?. . . . .	732
2. Die Aufhebung des Belagerungszustands. . . . .	733
a) Die Aufhebung des Reichsbelagerungszustands. . . . .	734
b) Der Belagerungszustand in Bayern. . . . .	735
3. Die Wiederherstellung und Erweiterung bürgerlicher Freiheitsrechte . . . . .	736
a) Die Vereins- und Versammlungsfreiheit. . . . .	736
b) Die Meinungsfreiheit . . . . .	737
c) Die Religionsfreiheit. . . . .	737
d) Die politische und die militärische Generalamnestie. . . . .	738
4. Der Ausbau des Sozialstaats. . . . .	739
a) Die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes. . . . .	739
b) Die Aufhebung der Gesindeordnungen. . . . .	739
c) Arbeiterschutz, Achtstundentag und soziale Vorsorge. . . . .	740
5. Die Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. . . . .	741
§ 42. <i>Der Rat der Volksbeauftragten und die zentralen Reichsbehörden</i> . . . . .	
I. Die Kontinuität der Reichsverwaltung. . . . .	742
1. Der Fortbestand des überlieferten Systems des Reichsbeamtentums . . . . .	742
2. Der Fortbestand und die Fortentwicklung des Systems der Reichsämter . . . . .	743
II. Die Besetzung der Obersten Reichsbehörden. . . . .	744
1. Die Staatsekretäre der Reichsämter. . . . .	744
2. Die „parlamentarischen Unterstaatssekretäre“. . . . .	746
3. Die Reichskanzlei und das Reichspressesamt . . . . .	747
III. Die Wirksamkeit der Obersten Reichsbehörden in der revolutionären Übergangszeit. . . . .	749

## Inhaltsverzeichnis

§43. <i>Der Rat der Volksbeauftragten und die Reichsmilitärgewalt</i> . . . . .	751
I. Das Bündnis Ebert-Groener . . . . .	751
1. Die Übereinkunft Groeners mit Ebert vom 9. November 1918. . . . .	751
2. Die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung in den ersten Tagen der Revolution . . . . .	753
a) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an das Feldheer (9. November 1918). . . . .	753
b) Das Telegramm Groeners an Ebert (9. November 1918). . . . .	753
c) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an die Heeresgruppen und Armeen (10. November 1918). . . . .	754
3. Die wehrpolitischen Maßnahmen Eberts vom 10. November 1918 . . . . .	755
a) Eberts Telegramm an die Oberste Heeresleitung . . . . .	755
b) Eberts Aufruf an das Heimatheer. . . . .	756
4. Die Sanktion der Übereinkunft Ebert-Groener durch den Rat der Volksbeauftragten (11/12. November 1918). . . . .	757
5. Die Wirkungen der Übereinkunft zwischen Reichsleitung und Heeresleitung . . . . .	758
II. Das Zusammenwirken von Reichsleitung und Heeresleitung beim Abschluß des Waffenstillstands (11. November 1918). . . . .	760
1. Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens. . . . .	760
2. Der Inhalt des Waffenstillstandsabkommens. . . . .	761
3. Der Vollzug des Waffenstillstandsabkommens. . . . .	763
III. Der Beginn der Kämpfe zwischen Militärgewalt und Rätegewalt . . . . .	764
1. Der Versuch des Vollzugsausschusses der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte zur Neugestaltung der Kommandoverhältnisse. . . . .	764
2. Die Oberste Heeresleitung und die Soldatenräte. . . . .	765
3. Der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems (17. Dezember 1918). . . . .	767
§ 44. <i>Der Rat der Volksbeauftragten und die Zentralarbeitsgemeinschaft</i> . . . . .	768
I. Wirtschaftliche Zusammenarbeit oder wirtschaftlicher Umsturz? . . . . .	768
II. Die Entstehung und Stellung der Zentralarbeitsgemeinschaft. . . . .	770
1. Die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft. . . . .	770
2. Die Sanktion der Zentralarbeitsgemeinschaft durch den Rat der Volksbeauftragten. . . . .	771
III. Der Aufbau der Zentralarbeitsgemeinschaft . . . . .	772
1. Zentralausschuß und Zentralvorstand. . . . .	772
2. Die beiderseitige Anerkennung der Verbände. . . . .	773

## *Inhaltsverzeichnis*

IV. Die Aufgaben der Zentralarbeitsgemeinschaft . . . . .	.774
1. Sozialpolitische Maßnahmen . . . . .	.774
2. Tarifpolitik . . . . .	.774
3. Betriebsverfassungspolitik . . . . .	.775
4. Schlichtungspolitik und Arbeitszeitpolitik . . . . .	.775
V. Die Dauer der Zentralarbeitsgemeinschaft . . . . .	.776
<b>Kapitel IX. Von der Räteherrschaft zur parlamentarischen Demokratie</b>	<b>777</b>
§ 45. <i>Der Kampf um die Wahl der Nationalversammlung.</i> . . . . .	.777
I. Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuß im Ringen um die „Konstituante“. . . . .	.777
1. Der Kampfruf: „Alle Macht den Räten!“ . . . . .	.777
2. Das „Verfassungsprogramm“ des Vollzugsausschusses vom 16. November 1918 . . . . .	.778
3. Die gemeinsame Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsausschusses vom 18. November 1918. . . . .	.779
4. Die Resolution der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Wahl der Nationalversammlung . . . . .	.780
II. Der Schein-Sieg des Vollzugsausschusses . . . . .	.781
1. Die erste Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß (22. November 1918). . . . .	.781
2. Die Vereinbarung vom 22. November 1918 in der „Verfassungswirklichkeit“ der revolutionären Übergangszeit . . . . .	.783
3. Die Einberufung des Allgemeinen Deutschen Rätekongresses . . . . .	.784
III. Die Reichskonferenz vom 25. November 1918 . . . . .	.784
1. Die Zusammensetzung der Reichskonferenz . . . . .	.784
2. Eberts Erklärung zur verfassungspolitischen Lage des Reichs. . . . .	.786
3. Der außenpolitische Bericht des Staatssekretärs Solf. . . . .	.787
4. Die Debatte der Reichskonferenz . . . . .	.789
5. Das Resümee der Reichskonferenz . . . . .	.790
IV. Die Vorentscheidung für die Wahl der Nationalversammlung . . . . .	.791
1. Der Beschluß des Rats der Volksbeauftragten vom 29. November 1918 . . . . .	.791
2. Die Verordnung über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 30. November 1918. . . . .	.792

*Inhaltsverzeichnis*

§ 46. <i>Der Kampf um die Wehrverfassung in der ersten Dezemberhälfte 1918</i> . . . . .	794
I. Die Problematik der militärischen Reorganisation . . . . .	794
II. Alternativen des militärischen Neuaufbaus . . . . .	795
1. Der Plan der „sozialistischen Volkswehr“. . . . .	796
2. Der Plan der „Republikanisierung“ der alten Armee. . . . .	799
3. Der Plan der Freiwilligenverbände . . . . .	801
III. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Vollzugsausschuß . . . . .	802
1. Der „Putschversuch“ vom 6. Dezember 1918 . . . . .	802
2. Der Konflikt in der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des Vollzugsausschusses (7. Dezember 1918). . . . .	804
3. Die zweite Vereinbarung über das Verhältnis zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß vom 9. Dezember 1918 . . . . .	805
4. Der Konflikt zwischen dem Reichskabinett und den Marineräten . . . . .	806
IV. Militärgewalt und politische Gewalt nach der Rückkehr des Feldheeres . . . . .	807
1. Die Intervention der Obersten Heeresleitung (8. Dezember 1918) . . . . .	807
2. Der Plan des Truppeneinzugs in Berlin. . . . .	809
3. Der Einmarsch der Berliner Feld-Divisionen (10.-13. Dezember 1918) . . . . .	811
V. Die Aufstellung der Freiwilligen-Verbände . . . . .	812
1. Die Entscheidung des Rats der Volksbeauftragten für den Aufbau von Freiwilligen-Formationen . . . . .	812
2. Das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr. . . . .	814
3. Die Aufstellung der Freikorps. . . . .	815
4. Die Aufstellung des Grenzschutzes Ost . . . . .	817
§ 47. <i>Innere Konflikte am Vorabend des Rätekongresses.</i> . . . . .	819
I. Das Ringen um die Wiederberufung des Reichstags. . . . .	819
1. Die ungelöste Frage: Fortbestand oder Ende des alten Reichstags? . . . . .	819
2. Fehrenbachs Vorstoß vom 12. Dezember 1918. . . . .	820
3. Fehrenbachs Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918. . . . .	822
II. Der Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes. . . . .	823
1. Die Enthüllung der russischen Geldleistungen zur Vorbereitung der deutschen Revolution . . . . .	823
2. Von Solf zu Brockdorff-Rantzau. . . . .	825
III. Die Demission des preußischen Kriegsministers. . . . .	826
1. Oberste Heeresleitung und Kriegsminister nach der Rückkehr des Feldheeres. . . . .	826

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Das Abschiedsgesuch des Kriegsministers Scheuch . . . . .	827
§ 48. <i>Der Allgemeine Deutsche Rätekongreß</i> . . . . .	828
I. Die Rätewahlen - ein Plebiszit gegen das Räteystem. . . . .	829
II. Zusammensetzung und Rechtsnatur des Rätekongresses. . . . .	830
1. Die Delegierten des Rätekongresses. . . . .	830
2. Die deutschen Zentralinstanzen auf dem Rätekongreß. . . . .	832
3. Die verfassungspolitische Stellung des Rätekongresses. . . . .	834
III. Die Beratungen des Rätekongresses. . . . .	834
1. Der Antrag: Alle Macht den Räten!. . . . .	834
2. Der Antrag: Aufhebung des Grenzschutzes und der militärischen Sicherungsmaßnahmen im Innern. . . . .	836
3. Die linksradikale Soldatendeputation vor dem Kongreß. . . . .	838
4. Die Annahme der „Hamburger Punkte“. . . . .	839
IV. Die Festigung der Macht der Volksbeauftragten. . . . .	841
1. Die Anträge gegen die „Konterrevolution“. . . . .	841
2. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten im Amt. . . . .	842
3. Der Antrag Lüdemann—Kahmann—Severing. . . . .	843
a) Reichskongreß und Rat der Volksbeauftragten. . . . .	843
b) Der Zentralrat der Republik. . . . .	844
V. Die Entscheidung für die Wahl der Nationalversammlung. . . . .	845
1. Die Anträge Cohen und Däumig. . . . .	845
2. Die Festsetzung des Wahltermins: 19. Januar 1919. . . . .	847
VI. Die Einsetzung des „Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik“. . . . .	848
1. Der Versuch zur Beschränkung der Macht der Volksbeauftragten zugunsten des Zentralrats. . . . .	848
2. Die Wahl des Zentralrats. . . . .	849
§ 49. <i>Sozialismus, Sozialisierung und Sozialreform</i> . . . . .	850
I. Wirtschaftlicher Wiederaufbau oder soziale Revolution?. . . . .	851
1. Sozialismus und Sozialisierung. . . . .	851
2. Die Bedeutungsvarianten des Sozialismus. . . . .	852
II. Hauptfragen des Sozialisierungsprogramms. . . . .	854
1. Totale oder partielle Sozialisierung. . . . .	854
2. Die „Sozialisierungsreife“. . . . .	855
3. Sozialisierung der Landwirtschaft oder ländliche Bodenreform?. . . . .	856

## *Inhaltsverzeichnis*

4. Sozialisierung oder Wiederherstellung der wirtschaftlichen Produktivität? . . . . .	857
III. Die Reichsleitung und die Sozialisierungsfrage . . . . .	858
1. Die Einsetzung der Sozialisierungskommission . . . . .	858
2. Die Sozialisierungsfrage vor der Reichskonferenz (25. November 1918) . . . . .	859
3. Das Programm des Reichswirtschaftsamts: „Sozialismus ohne Sozialisierung!“ . . . . .	861
4. Das Programm der Sozialisierungskommission: „Sozialismus durch Sozialisierung!“ . . . . .	862
5. Die Widerstand der Reichsämtler gegen das Sozialisierungsprogramm . . . . .	863
IV. Der Rätekongreß und die Sozialisierungsfrage . . . . .	864
1. Die Sozialisierungsdebatte des Rätekongresses (20. Dezember 1918) . . . . .	864
2. Die Sozialisierungsfrage und der Zentralrat (28. Dezember 1918) . . . . .	865
3. Der Streit um die Verstaatlichung des Bergbaus . . . . .	866
V. Die Fortentwicklung des Sozialstaats durch Sozialreform . . . . .	867
1. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 - das Grundgesetz des neuen Arbeitsrechts . . . . .	867
2. Die Grundgedanken des neuen Arbeitsverfassungsrechts . . . . .	868
a) Das Tarifrecht . . . . .	868
b) Das Betriebsverfassungsrecht . . . . .	869
c) Das Schlichtungsrecht . . . . .	870
§ 50. <i>Der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat</i> . . . . .	871
I. Kirche und Staat nach der Revolution . . . . .	872
1. Die Maxime: „Trennung von Kirche und Staat“. . . . .	872
2. Die Bedeutungsvarianten der Trennungsformel. . . . .	873
II. Revolutionäre Ersatzformen für das landesherrliche Kirchenregiment . . . . .	874
1. Der Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats . . . . .	874
2. Der Eingriff der preußischen Revolutionsregierung in das Kirchenregiment . . . . .	876
3. Die Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments durch die Staatsbehörden in anderen Einzelstaaten . . . . .	877
4. Die Übernahme des Kirchenregiments durch kircheneigene Organe . . . . .	878
III. Die Erhaltung des Öffentlichkeits-Charakters der Kirchen und der staatlichen Kirchenhoheit . . . . .	880
1. Die Fortdauer des öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen. . . . .	880
2. Die Fortdauer der staatlichen Kirchenhoheit . . . . .	881
3. Die staatlichen Kirchenaustrittsgesetze. . . . .	882

## *Inhaltsverzeichnis*

IV. Die „Trennung von Kirche und Schule“ . . . . .	884
1. Die überlieferten Einflußrechte der Kirchen im staatlichen Schulwesen . . . . .	884
2. Der Kampf gegen die „christliche Schule“ . . . . .	884
3. Die Schulerlasse der Ära Haenisch-Hoffmann in Preußen . . . . .	885
a) Der preußische Schulerlaß vom 15. November 1918. . . . .	885
b) Der Erlaß über die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht vom 27. November 1918. . . . .	886
c) Der Erlaß zur Sicherung der Religionsfreiheit im Schulwesen vom 29. November 1918. . . . .	887
4. Der Widerstand gegen die schulpolitischen Maßnahmen in Preußen . . . . .	888
5. Die schulpolitischen Maßnahmen in den deutschen Mittel- und Kleinstaatn . . . . .	890
Kapitel X. Die Krise der Revolution . . . . .	892
§ 51. Die Weihnachtskrise 1918. . . . .	892
I. Der Kampf um die „Hamburger Punkte“ . . . . .	892
1. Die verfassungspolitische Lage nach dem Rätekongreß . . . . .	892
2. Der Widerstand des Rats der Volksbeauftragten gegen den Vollzug der „Hamburger Punkte“ . . . . .	893
3. Der Protest der Militärbehörden gegen die „Hamburger Punkte“ . . . . .	893
4. Die Kabinettsitzung vom 20. Dezember 1918. . . . .	895
5. Die Sistierung des Vollzugs der „Hamburger Punkte“ . . . . .	897
II. Die Kämpfe in Berlin um Weihnachten 1918. . . . .	898
1. Der Putsch der Volksmarinedivision (23. Dezember 1918). . . . .	898
2. Der Kampf um Schloß und Marstall (24. Dezember 1918). . . . .	901
3. Der „Vertrag“ zwischen Regierung und Volksmarinedivision (24. Dezember 1918). . . . .	902
4. Die Besetzung des Vorwärts-Gebäudes durch die revolutionäre Linke (25. Dezember 1918). . . . .	904
5. Das Ringen um das Amt des Berliner Stadtkommandanten. . . . .	905
§ 52. Der Bruch der sozialistischen Koalition. . . . .	906
I. Die Regierungskrise und der Zentralrat . . . . .	906
1. Die Kabinettsitzungen vom 27. und 28. Dezember 1918. . . . .	906
2. Der Bruch zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen (28/29. Dezember 1918). . . . .	909

## *Inhaltsverzeichnis*

II. Die Umbildung des Reichskabinetts . . . . .	910
1. Die neuen Volksbeauftragten. . . . .	910
2. Das Programm der mehrheitssozialistischen Reichsregierung. . . . .	911
3. Gegenerklärungen und Gegendemonstrationen. . . . .	912
III. Der Wechsel an der Spitze des preußischen Kriegsministeriums . . . . .	913
1. Die Bedingungen des Obersten Reinhardt für die Übernahme des Amtes des Kriegsministers. . . . .	913
2. Die Zustimmung des Zentralrats zu Reinhardts Ernennung. . . . .	914
IV. Das Ende der sozialistischen Koalition in Preußen. . . . .	915
1. Der Widerspruch der preußischen Unabhängigen gegen Reinhardts Ernennung. . . . .	915
2. Der Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung . . . . .	916
§53. <i>Die Januarkämpfe 1919 in Berlin.</i> . . . . .	916
I. Die Regierung Ebert-Scheidemann und die radikale Linke im Kampf . . . . .	916
1. Die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn (4. Januar 1919) . . . . .	916
2. Der Berliner Aufstand (576. Januar 1919). . . . .	918
II. Der Gegenschlag der Reichsregierung. . . . .	922
1. Die Ernennung Noskes zum Oberbefehlshaber in und um Berlin . . . . .	922
2. Das Scheitern der Vermittlungsversuche. . . . .	923
3. Die Niederwerfung des Januaraufstands . . . . .	924
III. Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. . . . .	925
1. Der Tathergang (15. Januar 1919). . . . .	925
2. Das Kriegsgerichtsverfahren (8.-14. Mai 1919). . . . .	927
IV. Die strafrechtliche Ahndung der Januarkämpfe. . . . .	928
1. Landfriedensbruch oder Hochverrat? . . . . .	928
2. Der Ledebour-Prozeß (19. Mai-23. Juni 1919). . . . .	931
3. Der Januaraufstand vor dem Reichsgericht . . . . .	932
V. Der Bericht des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landes- versammlung über die Januarunruhen. . . . .	933
§ 54. <i>Die Festigung der militärischen Kommandoverhältnisse nach den Januarkämpfen.</i> . . . . .	934
I. Friedensheer und Feldheer Anfang 1919. . . . .	934
II. Die drei Militär-Verordnungen vom 19. Januar 1919. . . . .	935

## *Inhaltsverzeichnis*

1. Rechtsnatur und Geltungsbereich der Januar-Verordnungen . . . . .	935
2. Der Inhalt der Januar-Verordnungen . . . . .	936
a) Die Kommandogewalt . . . . .	936
b) Die Soldatenräte . . . . .	938
c) Militärische Abzeichen, Auszeichnungen, Waffen und Ehrenbezeichnungen . . . . .	939
III. Die Proteste gegen die Januar-Verordnungen . . . . .	939
1. Die Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschlands . . . . .	939
2. Die Protest-Resolution des Delegiertentags des Reichsheeres . . . . .	940
3. Der Protest des Zentralrats der Marine . . . . .	942
§ 55. <i>Die Sozialisierungsfrage nach dem Scheitern der sozialistischen Koalition.</i> . . . . .	943
I. Das Programm der Sozialisierungskommission vom 10. Januar 1919 . . . . .	943
1. Der Vorschlag zur Verstaatlichung des Bergbaus . . . . .	944
2. Der Widerspruch des Reichskabinetts und des Zentralrats . . . . .	944
II. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Verordnungen vom 18. und 29. Januar 1919. . . . .	946
1. Die Bergbau-Verordnung vom 18. Januar 1919. . . . .	946
2. Die Siedlungs-Verordnung vom 29. Januar 1919. . . . .	947
III. Die Krise der Sozialisierungskommission . . . . .	948
1. Die Sozialisierungskommission vor dem Zentralrat (29. Januar 1919) . . . . .	948
2. Die Entscheidung des Reichskabinetts gegen den Bericht der Sozialisierungskommission (Februar 1919). . . . .	949

## *C. Die Grundlagen der Reichserneuerung*

<b>Kapitel XI. Die Reorganisation des deutschen Parteiwesens</b> . . . . .	<b>953</b>
§ 56. <i>Die Kontinuität des deutschen Parteiensystems in der Revolution.</i> . . . . .	953
I. Das deutsche Parteiwesen und die verfassungsstaatliche Kontinuität . . . . .	953
II. Das deutsche Fünfparteiensystem im Beginn der Weimarer Republik . . . . .	955

## Inhaltsverzeichnis

§ 57. Die Deutschnationale Volkspartei . . . . .	956
I. Die Lage des deutschen Konservativismus nach dem Zusammenbruch . . . . .	956
II. Der Zusammenschluß der Rechtsparteien zur Deutschnationalen Volkspartei . . . . .	958
1. Der deutschnationale Gründungsaufruf vom 24. November 1918 . . . . .	958
2. Die Gründungsversammlung vom 16. —19. Dezember 1918 und das erste deutschnationale Parteiprogramm . . . . .	959
§ 58. Zentrum und Bayerische Volkspartei . . . . .	961
I. Die Zentrumspartei . . . . .	961
1. Das Zentrum nach der Revolution . . . . .	961
2. Die Reorganisation der Zentrumspartei . . . . .	964
3. Der Kampf zwischen der Kölner und der Berliner Zentrumsgruppe . . . . .	965
a) Die Kölner Gruppe . . . . .	965
b) Die Berliner Gruppe . . . . .	966
c) Die Zentrums-Strategie: Anpassung und Widerstand! . . . . .	967
4. Reorganisation und Neuorientierung des Zentrums . . . . .	968
a) Die Tagung des „Reichsausschusses“ des Zentrums vom 30731. Dezember 1918 . . . . .	968
b) Die „Leitsätze“ der Zentrumspartei . . . . .	969
II. Die Bayerische Volkspartei . . . . .	970
1. Die Abspaltung des Bayerischen Landesverbands . . . . .	970
2. Das Programm der Bayerischen Volkspartei . . . . .	971
a) „Bayern den Bayern!“ ! . . . . .	971
b) Staatenbund oder Bundesstaat? . . . . .	972
§ 59. Der deutsche Liberalismus . . . . .	973
I. Der Plan einer liberalen Gesamtpartei . . . . .	974
1. Das Problem der liberaldemokratischen Einigung . . . . .	974
2. Der nationalliberale Einigungsversuch . . . . .	975
3. Der Einigungsaufruf der „Sechzig“ vom 16. November 1918 . . . . .	976
4. Das Scheitern der liberalen Einigung . . . . .	979
II. Die Deutsche Volkspartei . . . . .	980
1. Der Gründungsaufruf vom 22. November 1918 . . . . .	980
2. Die weiteren Fusionsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen . . . . .	981
3. Die Selbstbehauptung der „Deutschen Volkspartei“. . . . .	982
4. Parteivorsitz und Parteiprogramm . . . . .	983

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Die Deutsche Demokratische Partei. . . . .	985
1. Die Fortschrittliche Volkspartei und der Aufruf der Sechzig . . . . .	985
2. Gründung und Organisation der Deutschen Demokratischen Partei . . . . .	986
3. Das Programm der Deutschen Demokratischen Partei. . . . .	987
§ 60. Die drei sozialistischen Parteien nach der Revolution. . . . .	988
I. Die Mehrheitssozialisten. . . . .	989
1. Revolution oder Reform? . . . . .	989
2. Das Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“. . . . .	990
3. Die mehrheitssozialistische Resolution vom 28. November 1918 . . . . .	991
4. Die mehrheitssozialistischen Richtungsgegensätze. . . . .	992
II. Die Unabhängigen Sozialisten. . . . .	993
1. Die Richtungsgegensätze in der USPD. . . . .	993
2. Die Erklärungen der Parteiführung der USPD. . . . .	994
3. Die USPD nach der Niederlage auf dem Rätekongreß . . . . .	995
III. Die äußerste Linke. . . . .	996
1. Der Spartakus-Bund im November/Dezember 1918 . . . . .	996
2. Das Spartakus-Programm vom 14. Dezember 1918. . . . .	999
3. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. . . . .	1000
<b>Kapitel XII. Umsturz und Neuordnung in den deutschen Einzelstaaten</b> . . . . .	<b>1002</b>
§ 61. Preußen vom November 1918 bis zum März 1919. . . . .	1002
I. Das preußische Revolutionskabinett. . . . .	1002
1. Die Auflösung des Bandes zwischen der Regierungsgewalt im Reich und in Preußen. . . . .	1002
2. Das erste Revolutionskabinett in Preußen. . . . .	1004
3. Übersicht über die Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums von November 1918 bis Januar 1919. . . . .	1005
II. Die Wirksamkeit des preußischen Revolutionskabinetts vom November 1918 bis zum Januar 1919. . . . .	1006
1. Das preußische Regierungsprogramm. . . . .	1006
2. Die ersten Regierungsmaßnahmen. . . . .	1007
III. Der Kampf um die Integrität der Verwaltung. . . . .	1008
1. Die Entscheidung für den Fortbestand des Beamtenkörpers. . . . .	1008
2. Die Arbeiter- und Soldatenräte und die preußische Beamtenschaft . . . . .	1009

## *Inhaltsverzeichnis*

3. Die Räte-Anordnung vom 23. November 1918 . . . . .	.1010
4. Die Verhaftung der Ruhrindustriellen durch die preußischen Arbeiter-und Soldatenräte . . . . .	.1011
IV. Das preußische Kabinett von Januar bis März 1919 . . . . .	.1012
1. Der Bruch der sozialistischen Koalition in Preußen . . . . .	.1012
2. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919) . . .	.1013
3. Das Koalitionskabinett vom 25. März 1919 . . . . .	.1013
562. <i>Bayern unter der Regierung Eisner.</i> . . . . .	.1014
I	
I. Der Umsturz in Bayern . . . . .	.1014
1. Die Münchener Revolution (778. November 1918). . . . .	.1014
2. Das bayerische Revolutionskabinett . . . . .	.1017
3. Der Provisorische Nationalrat . . . . .	.1019
4. Das Regierungsprogramm des Kabinetts Eisner vom 15. November 1918. . . . .	.1019
II. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wegen Eisners Aktenveröffentlichung . . . . .	.1020
1. Die Regierung Eisner und die deutsche Außenpolitik . . . . .	.1020
2. Eisners Aktenveröffentlichung zur Kriegsschuldfrage . . . . .	.1021
3. Die Abwehr der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Treueverletzung . . . . .	.1023
III. Die Regierung Eisner und die Reichsverfassungspolitik . . . . .	.1025
1. Eisner und der deutsche Föderalismus . . . . .	.1025
2. Eisners Kampf gegen die Wahl der Nationalversammlung . . . . .	.1026
3. Eisner und die deutsche Wehrpolitik . . . . .	.1027
IV. Die Regierung Eisner und die bayerische Innenpolitik . . . . .	.1028
1. Räteherrschaft oder Wahl einer Landesversammlung ? . . . . .	.1028
2. Die Entscheidung für die Wahl eines verfassungsgebenden Landtags . . . . .	.1029
3. Die Tagungen des Provisorischen Nationalrats. . . . .	.1030
4. Der Kampf gegen Eisner. . . . .	.1030
5. Das Wahlergebnis vom 12. Januar 1919. . . . .	.1031
§ 63. <i>Revolution und Reorganisation in Sachsen und in Südwestdeutschland</i> . .	.1032
I. Sachsen . . . . .	.1032
1. Die Parlamentarisierung am Vorabend der Revolution. . . . .	.1032
2. Der Novemberumsturz in Sachsen . . . . .	.1033
3. Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien. . . . .	.1035

## Inhaltsverzeichnis

4. Die sächsischen Wahlen vom 2. Februar 1919. . . . .	.1036
II. Württemberg . . . . .	.1037
1. Die Parlamentarisierung des württembergischen Kabinetts. . . . .	.1037
2. Der Novemberumsturz in Württemberg . . . . .	.1038
3. Die Umbildung der württembergischen Regierung zum bürgerlich-sozialistischen Koalitionskabinett . . . . .	.1039
4. Das württembergische Programm der friedlichen Reform. . . . .	.1040
5. Die württembergische Reichspolitik im November/Dezember 1918 . . . . .	.1041
6. Die württembergische Innenpolitik vom November 1918 bis zu den Januarunruhen 1919. . . . .	.1042
7. Die württembergischen Wahlen vom 12. Januar 1919. . . . .	.1043
III. Baden. . . . .	.1044
1. Der Novemberumsturz und das Koalitionskabinett Geiß. . . . .	.1044
2. Die badische Regierungspolitik im November/Dezember 1918. . . . .	.1047
3. Die badischen Wahlen vom 5. Januar 1919. . . . .	.1048
IV. Hessen . . . . .	.1048
1. Der Novemberumsturz und das Kabinett Ulrich. . . . .	.1048
2. Die hessischen Wahlen vom 26. Januar 1919. . . . .	.1050
§ 64. Die norddeutschen Mittel-und Kleinstaaten. . . . .	.1050
I. Mecklenburg. . . . .	.1051
1. Mecklenburg—Schwerin. . . . .	.1052
2. Mecklenburg-Strelitz . . . . .	.1052
II. Oldenburg . . . . .	.1053
III. Braunschweig . . . . .	.1053
IV. Die thüringischen Staaten . . . . .	.1055
1. Sachsen—Weimar—Eisenach. . . . .	.1055
2. Sachsen—Altenburg . . . . .	.1056
3. Sachsen—Meiningen . . . . .	.1056
4. Sachsen—Coburg—Gotha . . . . .	.1056
5. Schwarzburg—Rudolstadt und Schwarzburg—Sondershausen. . . . .	.1058
6. Reuß ältere und jüngere Linie. . . . .	.1058
V. Die norddeutschen Kleinstaaten. . . . .	.1059
1. Anhalt . . . . .	.1059
2. Lippe und Schaumburg—Lippe . . . . .	.1059
3. Waldeck. . . . .	.1060



## *Inhaltsverzeichnis*

III. Die Konstituierung der obersten Reichsorgane. . . . .	.1081
1. Die Wahl des Reichspräsidenten. . . . .	.1081
2. Die Berufung der Reichsregierung. . . . .	.1083
3. Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Scheidemann	1084
IV. Der Ausbau der Vorläufigen Reichsverfassung. . . . .	.1085
1. Das Übergangsgesetz. . . . .	.1085
2. Die Errichtung der vorläufigen Reichswehr. . . . .	.1087
3. Die ersten Ermächtigungsgesetze der Republik. . . . .	.1087
V. Das Staatsschutzrecht unter der Vorläufigen Reichsverfassung. . . . .	.1089
1. Das Recht des militärischen Waffengebrauchs im Fall innerer Unruhen, insbesondere der Waffengebrauchs-Erlaß Noskes vom 20. Januar 1919 .	1089
2. Das Recht zur Verhängung des Belagerungszustands. . . . .	.1091
<b>Kapitel XIV. Die Kämpfe der Republik</b>	
<b>um Einheit, Freiheit und inneren Frieden</b>	1093
§ 67. <i>Abwehrmaßnahmen des Reichs gegen Unruhen nördlich des Mains</i> . . . .	1093
I. Der deutsche Radikalismus nach den Januarwahlen. . . . .	.1093
1. Die Kampfansage der Großberliner Räteversammlung gegen Reichsregierung und Nationalversammlung. . . . .	.1093
2. Die Kampfansage der KPD: „Alle Macht den Räten!“ . . . . .	.1094
II. Die inneren Kämpfe im Februar 1919. . . . .	.1095
1. Die ersten Unruhen in Braunschweig. . . . .	.1095
2. Der Sturz der Räteherrschaft in Bremen. . . . .	.1096
3. Die Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet. . . . .	.1097
III. Die Märzauftände 1919. . . . .	.1099
1. Der Auf stand in Mitteldeutschland.....	1099
2. Der Märzauftand in Berlin. . . . .	.1101
3. Der „Schießbefehl“ Noskes. . . . .	.1104
IV. Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 und der Zweite Rätekongreß	1104
1. Das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz . . . . .	.1104
2. Der Zweite Rätekongreß (8.-14. April 1919). . . . .	.1105
V. Der Aufstand im Ruhrgebiet . . . . .	.1106
VI. Der April-Aufstand in Sachsen. . . . .	.1108
VII. Der April-Aufstand in Braunschweig. . . . .	.1109

## *Inhaltsverzeichnis*

VIII. Die Wirren in Bremen und Hamburg (April-Juni 1919). . . . .	.111
§ 68. <i>Die bayerische Räteregierung und ihr Sturz</i> . . . . .	.113
I. Bayern nach Eisners Ermordung . . . . .	.113
II. Die verschleierte Räteherrschaft . . . . .	.115
1. Das Kabinett Segitz . . . . .	.115
2. Das Kabinett Hoffmann . . . . .	.116
III. Die erste Räterepublik . . . . .	.118
1. Die Proklamation der ersten Räterepublik (7. April 1919). . . . .	.118
2. Das Ministerium Hoffmann in Bamberg . . . . .	.119
3. Krise und Ende der ersten Räteregierung . . . . .	.120
IV. Die zweite Räterepublik . . . . .	.121
1. Die Proklamation der kommunistischen Räteherrschaft (13. April 1919) . . . . .	.121
2. Die Reichsintervention in Bayern . . . . .	.123
3. Der Zerfall der zweiten Räteregierung. . . . .	.124
4. Die Einnahme Münchens durch die Regierungstruppen. . . . .	.125
V. Die Rückkehr Bayerns auf den Boden der verfassungsmäßigen Ordnung . . . . .	.125
1. Die Wiedereinsetzung und Umbildung des Ministeriums Hoffmann . . . . .	.125
2. Die Aburteilung der Führer des Räte-Regimes . . . . .	.127
3. Bayern und das Reich nach dem Ende der Räteherrschaft . . . . .	.127
§ 69. <i>Die Abwehr des rheinischen Separatismus 1918/19.</i> . . . . .	.128
I. Rheinische Absonderungsbestrebungen im November/Dezember 1918 . . . . .	.128
1. Die ersten Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik . . . . .	.128
2. „Rheinisches Recht für Rheinisches Land!“ . . . . .	.130
3. Der Widerstand gegen die „Los-von-Berlin“-Bewegung . . . . .	.132
4. Die Berliner Behörden und die Rheinland-Frage . . . . .	.133
5. Der Erste Rätekongreß und die Rheinland-Frage. . . . .	.134
II. Rheinische Absonderungsbestrebungen im Januar/Februar 1919. . . . .	.135
1. Der Kölner „Wirtschaftliche Ausschuß“ und die „Gruppe Dorten“ . . . . .	.135
2. Die Kölner Konferenz (1. Februar 1919). . . . .	.136
III. Die separatistischen Unternehmungen vom März bis Mai 1919. . . . .	.138
1. Die Kölner Aktivisten-Resolution vom 10. März 1919. . . . .	.138
2. Das Reichskabinett und die preußische Regierung in der Abwehr des rheinischen Separatismus. . . . .	.139

## *Inhaltsverzeichnis*

3. Die Verbindung des rheinischen Separatismus mit der französischen Besatzungsmacht . . . . .	1140
4. Die Abwehr der Rheinstaat-Bestrebungen durch Regierung und Parlament . . . . .	1142
5. Die Sitzung des „Westdeutschen politischen Ausschusses“ (30. Mai 1919) . . . . .	1142
IV. Die Rheinland-Frage im Juni/Juli 1919. . . . .	1143
1. Der Fehlschlag des Separatisten-Putsches in Wiesbaden (1. Juni 1919) . . . . .	1143
2. Graf Brockdorff-Rantzau und die Rheinland-Frage. . . . .	1144
3. Die Rheinland-Frage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages . . . . .	1145
§70. <i>Der Kampf um die deutschen Ostgebiete 1918/19.</i> . . . . .	1146
I. Der polnische Aufstand. . . . .	1146
1. Die Einsetzung des „Polnischen Volksrats“ in Posen. . . . .	1146
2. Der Verlust des Hauptteils der Provinz Posen. . . . .	1148
II. Die deutschen Abwehrmaßnahmen . . . . .	1149
1. Der Entschluß des Rats der Volksbeauftragten zur Verteidigung der Ostgebiete (273. Januar 1919). . . . .	1149
2. Der Einsatz des deutschen Grenzschutzes. . . . .	1150
<b>Kapitel XV. Friedensschluß und Verfassungswerk</b> . . . . .	1152
§71. <i>Der Friedensvertrag von Versailles.</i> . . . . .	1152
I. Friedensvertrag und Reichsverfassung . . . . .	1153
1. Das Recht des Besiegten auf nationale Existenz und autonome Verfassung. . . . .	1153
2. Friedensvertragliche Vorbedingungen der Weimarer Reichsverfassung . . . . .	1153
II. Die Entstehung des Friedensvertrags . . . . .	1155
1. Die Vorfriedenskonferenz . . . . .	1155
2. Die deutsche Friedensdelegation in Versailles. . . . .	1156
3. Die deutschen Proteste gegen den „Frieden ohne Verhandlungen“ . . . . .	1157
4. Das alliierte Friedens-Ultimatum vom 16. Juni 1919. . . . .	1158
III. Ablehnen oder Annehmen? . . . . .	1159
1. Die Stellungnahme der deutschen Friedensdelegation . . . . .	1159
2. Die Friedensfrage im Reichskabinett (18. Juni 1919). . . . .	1160
3. Die Truppenführerbesprechung vom 19. Juni 1919. . . . .	1162

## *Inhaltsverzeichnis*

4. Die Sitzung des Staatenausschusses vom 19. Juni 1919. . . . .	.1163
5. Die Besprechung des preußischen Kabinetts mit den Zivil- und Militärbehörden des Ostens am 19. Juni 1919. . . . .	.1164
IV. Die Entscheidung für die Annahme des Friedensvertrags. . . . .	.1165
1. Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann (20. Juni 1919). . . . .	.1165
2. Der Plan der „Zwischen-Depesche“. . . . .	.1166
3. Die Bildung des Reichskabinetts Bauer (21. Juni 1919). . . . .	.1167
4. Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Bauer . . . . .	.1168
V. Der Abschluß des Friedensvertrags. . . . .	.1169
1. Die bedingte Annahme des Friedensvertrags. . . . .	.1169
2. Die Zurückweisung des deutschen Vorbehalts. . . . .	.1170
3. Die Zustimmung der Nationalversammlung zur vorbehaltlosen Unterwerfung . . . . .	.1171
4. Die Reichswehr nach der Annahme des Friedensvertrags. . . . .	.1172
5. Die Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrags und des Rheinland-Abkommens. . . . .	.1173
VI. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags. . . . .	.1174
1. Gebietsbestimmungen. . . . .	.1174
2. Entwaffnungsbestimmungen. . . . .	.1175
3. Reparationen. . . . .	.1176
4. Sanktionen. . . . .	.1176
5. Der Kriegsschuld-Artikel. . . . .	.1177
6. Der Auslieferungs-Artikel. . . . .	.1177
7. Die Annullierung der Ostfriedensverträge. . . . .	.1177
§72. Das Verfassungswerk von Weimar. . . . .	.1178
I. Die Vorarbeiten zur Reichsverfassung. . . . .	.1178
1. Die Vorbesprechung im Reichsamt des Innern. . . . .	.1178
2. Die ersten Entwürfe des Reichsamts des Innern. . . . .	.1179
a) Der Entwurf I. . . . .	.1179
b) Der Entwurf II. . . . .	.1181
II. Die Einwirkung der Einzelstaaten auf die Vorarbeiten zu Reichsverfassung. . . . .	.1181
1. Die vorbereitende Länderkommission. . . . .	.1181
2. Der Staatenausschuß. . . . .	.1182
3. Der revidierte Verfassungsentwurf („Entwurf III“). . . . .	.1183
4. Die Zustimmung des Staatenausschusses zum endgültigen Regierungsentwurf („Entwurf IV“). . . . .	.1184

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Die erste Lesung der Reichsverfassung in der Nationalversammlung . . . . .	1184
1. Die Begründung des Regierungsentwurfs durch Reichsminister Preuß . . . . .	1184
2. Die Stellungnahme der Regierungsparteien . . . . .	1185
3. Die Stellungnahme der Opposition . . . . .	1187
4. Der Schluß der ersten Lesung . . . . .	1189
IV. Die Verfassungsberatungen der Nationalversammlung . . . . .	1190
1. Die Beratungen des Verfassungsausschusses . . . . .	1190
2. Die zweite Lesung im Plenum („Entwurf V“) . . . . .	1191
3. Die dritte Lesung im Plenum („Entwurf VI“) . . . . .	1191
V. Die Hauptfragen des Staatsaufbaus und ihre Entscheidung . . . . .	1192
1. „Reich“ oder „Republik“? . . . . .	1192
2. Die Reichsfarben . . . . .	1192
3. Der Reichspräsident . . . . .	1192
4. Die Reichsregierung . . . . .	1193
5. Der Reichstag . . . . .	1193
6. Der Reichsrat . . . . .	1194
7. Die Reichsgesetzgebung . . . . .	1194
8. Reichsexekution und Diktaturgewalt . . . . .	1194
9. Reichsverfassung und Militärgewalt . . . . .	1195
10. Gerichtsverfassung und Rechtspflege . . . . .	1195
11. Die Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	1196
12. Die Neugliederung des Reichsgebiets . . . . .	1196
VI. Der Ausbau des Grundrechts-Systems . . . . .	1197
1. Grundrechte im „sozialen Volksstaat“. . . . .	1197
2. Grundrechte und Rechtsstaat . . . . .	1199
3. Grundrechte und Kulturstaat . . . . .	1200
a) Der Weimarer staatskirchenrechtliche Kompromiß . . . . .	1200
b) Der Weimarer Schulkompromiß . . . . .	1201
4. Grundrechte, Wirtschaftsstaat und Sozialstaat . . . . .	1202
a) Der Räte-Artikel . . . . .	1202
b) Eigentumsgarantie, Sozialisierungskompetenz und Räteorganisation . . . . .	1203
VII. Verabschiedung, Ausfertigung und Verkündung der Reichsverfassung . . . . .	1204